

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Hans Dietrich von Loeffelholz

Beschäftigung von Ausländern –  
Chance zur Erschließung von  
Personal- und Qualifikationsreserven

# Beschäftigung von Ausländern – Chance zur Erschließung von Personal- und Qualifikationsreserven

Hans Dietrich von Loeffelholz\*

Mit Blick auf die Qualifikationsdefizite und die relativ hohe Arbeitslosigkeit der Ausländer in Deutschland einerseits sowie die Alterung und Schrumpfung der hiesigen Bevölkerung andererseits wird die Beschäftigung von Ausländern von der Politik zunehmend als Herausforderung und Chance zur Erschließung von Personal- und Qualifikationsreserven begriffen. Das vorerst gestoppte Zuwanderungsgesetz von 2001 ist Beleg für diesen Bewusstseinswandel und markiert den Beginn einer Ausländerpolitik, die ökonomischen Erfordernissen der Bundesrepublik stärker als in der Vergangenheit und ähnlich wie in anderen Volkswirtschaften Rechnung tragen will.

Der vorliegende Beitrag untersucht auf einer breiten empirischen Basis die längerfristige Entwicklung und den Stand der Arbeitsmarktintegration von ansässigen Ausländern und – als Vorstufe dieser Eingliederung – die Partizipation ihrer meist hier geborenen Kinder und Enkel am Bildungs- und Ausbildungssystem. Diskrepanzen zu den Niveaus und Strukturen der deutschen Arbeitskräfte bzw. Jugendlichen werden – ohne als Ziel die Assimilierung der Zuwanderer anzustreben – als Integrationsdefizite und als „Reserven“ betrachtet, mit denen – neben anderen Optionen – zukünftig den wirtschaftlichen und demografischen Anforderungen besser entsprochen werden könnte. Dies gilt insbesondere in sektoraler Hinsicht und in Bezug auf den erforderlichen Strukturwandel bei der Beschäftigung von Ausländern; seine Beschleunigung könnte die Arbeitslosigkeit der Ausländer in Deutschland und damit diese Kosten der „Nichtintegration“ von Zuwanderern ebenso vermindern wie eine verstärkte Partizipation der jüngeren Ausländer am Bildungs- und Ausbildungssystem. Letztere ist zwar in den beiden vergangenen Dekaden spürbar gestiegen und hat sich an die Bildungsbeteiligung der deutschen Altersgenossen angenähert, sie bleibt aber immer noch deutlich dahinter zurück. Dieser Aufholprozess ist weiter zu fördern.

Künftig sind „moderne“ Konzepte einer Zuwanderungspolitik zu verfolgen, die eine Steuerung nach Arbeitsmarkterfordernissen vornimmt und qualifizierte Immigranten anwirbt. Allerdings nimmt der internationale Wettbewerb um „the best and the brightest“ zu. Deshalb ist stärker auf die Ausschöpfung heimischer Potenziale zu setzen.

## Gliederung

- 1 Einführung und Problemstellungen
- 2 Analytischer und empirischer Rahmen
- 3 Ausländerbeschäftigung in Deutschland, Arbeitsmarkt- und (Aus-)Bildungsintegration sowie Mobilisierung von Reserven
  - 3.1 Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Ausländern
  - 3.2 Verringerung der Arbeitslosigkeit von Ausländern
  - 3.3 Angleichung der sektoralen Beschäftigungsstruktur
  - 3.4 Verbesserung der beruflichen Integration
  - 3.5 Angleichung der Bildungs- und Ausbildungssituation
- 4 Mobilisierung von Reserven und Reduzierung der Kosten der Nichtintegration von Ausländern
- 5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

## Literatur

### 1 Einführung und Problemstellungen

Vor dem Hintergrund der Bevölkerungsschrumpfung und -alterung in Deutschland und der EU-Osterweiterung richtet die Öffentlichkeit ihre Aufmerksamkeit auch auf

die Beschäftigung von Ausländern. Es geht dabei zunächst einmal um eine bessere Integration der schon länger hier lebenden ausländischen Erwerbspersonen in den Arbeitsmarkt; die entsprechenden Defizite nicht nur in Gestalt ihrer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, sondern auch in der mangelnden Partizipation ihrer Kinder und Enkel am Bildungs- und Ausbildungssystem rücken immer mehr ins öffentliche Bewusstsein (RWI 2001; Herold/von Loeffelholz 2002; Riphahn/Serfling 2002). Bei zukünftigen Zuwanderungen nach Deutschland (Sinn 2000; Boeri/Brücker 2000; Statistisches Bundesamt 2000; Fertig 2001) wird eine stärkere Selektion nach Qualifikationskriterien und damit eine bessere Ausschöpfung externer Potenziale für die Wachstumsstimulierung im Inland angestrebt (Heilemann et al. 2001 und 2003; Zimmermann/Bauer 2002).

\* Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz ist Abteilungsleiter und Ltr. Angestellter des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, sowie Lehrbeauftragter der Ruhr-Universität Bochum (RUB). Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors. Er wurde im Oktober 2002 eingereicht und nach der Begutachtung im Februar 2003 zur Veröffentlichung angenommen. Der Autor dankt den anonymen Referees für wertvolle Hinweise zu einer früheren Fassung.

Mit Blick auf diese ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, zu denen nach den Ergebnissen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung mittel- und längerfristig auch eine anhaltende Entwicklung der Arbeitslandschaft weg von unqualifizierten Tätigkeiten zählt (Weidig et al. 1998), vollzog denn auch die Politik Anfang 2000 einen spürbaren Paradigmenwechsel (Bauer 2002). Sie will künftig – zumindest tendenziell – die Ausländerbeschäftigung stärker gestalten; diese soll – mehr als in der Vergangenheit (von Loeffelholz/Köpp 1998) – dem *ökonomischen* Interesse Deutschlands folgen und vor allem nach arbeitsmarktspezifischen Erfordernissen gesteuert werden: Die *green card*-Initiative der Bundesregierung vom Frühjahr 2000 wirbt um hochqualifizierte Computerexperten und IT-Spezialisten aus dem Nicht-EU-Ausland (Heilemann/von Loeffelholz 2000 und 2001; von Loeffelholz 2002); ähnliche Initiativen sind 2001 für andere Bereiche, wie die Altenpflege<sup>1</sup> bzw. für Haushaltshilfen aus den EU-Beitrittsländern, gestartet worden. Schließlich räumt das im Dezember 2002 zurückgewiesene Zuwanderungsgesetz (Bundesgesetzblatt 2002) der Migration und Integration von Ausländern in Deutschland einen besonderen Stellenwert ein<sup>2</sup>.

Die stärkere Beschäftigung von *ansässigen* und *zuwandernden* Ausländern gewinnt somit als wirtschaftspolitischer Ansatz zur Erschließung von Personal- und Qualifikationsreserven und letztlich zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums an Bedeutung. Dies gilt nicht zuletzt mit Blick auf die amerikanischen Erfahrungen in den neunziger Jahren (Heilemann et al. 2000), wo fast die Hälfte des realen Wachstums des Sozialprodukts von jahresdurchschnittlich 3,5 v.H. aus einer immigrations- und geburtenbedingten Zunahme der Bevölkerung resultierte. Es gilt auch im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb um qualifiziertes Humankapital („*competition for the best and the brightest*“; Martin 2002, ähnlich Dustmann 2002), das sich aufgrund des Alterungsprozesses der einheimischen Bevölkerung in allen großen Wirtschaftsnationen G7/8 (UN (ed.) 2001) zu einem immer knapper werdenden Gut entwickelt. Damit nimmt aber auch die Notwendigkeit zu, stärker „interne“ Möglichkeiten, wie Abbau von Arbeitslosigkeit, Mobilisierung der Stillen Reserve, Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und Produktivität, Verlängerung der Arbeitszeit usw., mit ins Bild zu nehmen. Dies gilt gerade auch für die Ausländer in der Bundesrepublik und vor allem dann, wenn zukünftige Zuwanderungserfordernisse damit begründet werden, dass schon bald demografisch bedingte Angebotsengpässe auf sektoralen und regionalen Arbeitsmärkten erwartet werden müssen.

Der folgende Beitrag fügt sich in das Rahmenthema dieses Heftes „Innovation und Qualifikation“ insoweit ein, als er Möglichkeiten, aber auch Grenzen einer „neuen“ Mobilisierung von Personal- und Qualifikationsreserven bei Ausländern aufzeigt. Nach der Skizzierung des analytischen und empirischen Rahmens (Abschnitt 2) steht zunächst die Darstellung von Entwicklung, Stand und Perspektiven der Ausländerbeschäftigung und -arbeitslosigkeit in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht im Vordergrund. Anschließend werden die berufliche Integ-

ration und die bildungs- und ausbildungsspezifische Partizipation der jungen Ausländer im Vergleich zu den Deutschen untersucht (3). Im Rahmen dieser Bestandsaufnahme, die auch sektorale und qualifikatorische Aspekte umfasst und Kosten der Nichtintegration von Ausländern als Innovationsbremse anspricht, folgen jeweils Überlegungen zur stärkeren Ausschöpfung von Personal- und Qualifikationsreserven bei *ansässigen* und *zuwandernden* Ausländern. Im Einzelnen werden die Beteiligung am Erwerbsleben, die Erwerbs- und die Arbeitslosenquoten analysiert und – soweit im gegebenen Rahmen möglich und sinnvoll – die Implikationen einer Mobilisierung von Personal- und Qualifikationsreserven für die relevanten Arbeitsmärkte aufgezeigt (4). Darüber hinaus wird dem Zusammenhang zwischen der stärkeren Ausschöpfung der Reserven, der zukünftigen Zuwanderungssteuerung und dem sektoralen Strukturwandel Aufmerksamkeit geschenkt. Eine zusammenfassende Bewertung sowie arbeitsmarkt-, migrations- und integrationspolitische Schlussfolgerungen beschließen den Beitrag.

## 2 Analytischer und empirischer Rahmen

Die Entwicklung, der aktuelle Stand und die Perspektiven der Arbeitsmarktsituation von Ausländern sowie die Ermittlung etwaiger Personal- und Qualifikationsreserven werden im Folgenden daran festgemacht, wie weit die „Integration“ in den Arbeitsmarkt bzw. das vorgelagerte Bildungs- und Ausbildungssystem fortgeschritten ist. Integration wird zumeist als Synonym für Eingliederung, als „Aufnahme eines Elements in ein System“ (Koller 1997: 770) mit dem Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe daran – hier am Erwerbs- und Berufsleben – verstanden (Werner/Seifert 1994: 95). Integration zielt insbesondere auf eine diskriminierungsfreie Partizipation am Arbeitsmarkt, auf Chancengleichheit für Immigranten (Mahnig 1998: 7) und – für die jüngeren Ausländer – auf Teilnahme am Bildungs- und Ausbildungssystem. „Ziel sollte eine möglichst gute Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern sein. Eine bloße Angleichung der Beschäftigungssituation einheimischer und zugewandeter Arbeitskräfte ist kein hinreichender Erfolgsbeweis. Zum einen kann sie auf unbefriedigendem Niveau erfolgen, zum anderen können unterschiedliche Strukturmerkmale (...) einer Angleichung im Wege stehen... Als Maßstab für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt wird (...) eine möglichst geringe Arbeitslosenquote von Immigranten zugrunde gelegt“ (van Suntum/Schlotböller 2002: 14).

Grundlage der Analyse des beruflichen Integrationsstands von ausländischen Zuwanderern und der Möglichkeiten seiner Verbesserung bilden zunächst eine Bestandsaufnahme der zugewanderten im Vergleich mit der einheimischen Bevölkerung. Darauf haben naturgemäß Zu- und

<sup>1</sup> Vgl. BMA (2001). Die Initiative gilt der Anwerbung von Haushaltshilfen aus den EU-Beitrittsländern.

<sup>2</sup> Am 15. Januar 2003 hat das Bundeskabinett beschlossen, den Entwurf des Zuwanderungsgesetzes (Gesetzesentwurf der Bundesregierung 2003) erneut und unverändert in den Gesetzgebungsprozess einzubringen.

Abwanderungen erheblichen Einfluss; aus empirisch-statistischen Gründen kann das Wanderungsgeschehen in der Bundesrepublik<sup>3</sup> indes nur im Ergebnis der Netto-Zuwanderung von Immigranten betrachtet werden.

Anschließend werden die Erwerbsbeteiligung von Ausländern untersucht und ihre Partizipation am sektoralen Strukturwandel sowie ihre Betroffenheit von Arbeitslosigkeit dargestellt. Schließlich wird die Bildungs- und Ausbildungsbeteiligung der heranwachsenden Ausländer, die zu knapp drei Viertel hier geboren sind, untersucht; die Ergebnisse dieser Partizipation beeinflussen die Erwerbsbiografie und das Risiko, arbeitslos zu werden, signifikant.

Die Erwerbs- bzw. die Berufs- und die Bildungsbeteiligung der Ausländer wird mit der jeweiligen Referenzgruppe der deutschen Bevölkerung verglichen. Diese Auswahl soll eine ökonomisch wünschenswerte Situation für Zuwanderer widerspiegeln, die nicht als bloße Assimilierung (Burda 2001: 216) anzusehen ist, sondern als Verwirklichung des oben definierten Integrationsziels der gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsmarkt. Damit zielt Integration auf die deutliche Verringerung der hohen Arbeitslosenquote der Ausländer. Dabei stellt sich auch die Frage, in welchen Anpassungszeiträumen dies erreichbar ist.

Unterschieden wird deshalb nach Möglichkeit zwischen den von Mitte der fünfziger bis zu den frühen siebziger Jahren vor allem aus Süd- und Südosteuropa angeworbenen Ausländern („Gastarbeiter“ als erste Ausländergeneration) und denen, die nach dem Anwerbestopp von 1973 im Rahmen der Familienzusammenführung nachgezogen oder die hierzulande geboren sind (zweite und dritte Generation<sup>4</sup>). Deutsche Zuwanderer – vor allem Aussiedler – werden nicht betrachtet, obwohl sie als wichtige Teilgruppe von Immigranten nach Deutschland<sup>5</sup> vielfach ähnliche Problemlagen aufweisen und sich auch hier Fragen nach ihrer Integration in den Arbeitsmarkt und nach Personal- und Qualifikationsreserven stellen (Koller 1997; Dietz 2001; RWI 2001; Hernold/von Loeffelholz 2002)<sup>6</sup>.

Der Stand der Integration und die Potenziale ihrer Verbesserung werden unter anderem anhand der Erwerbstätigkeit und beruflichen Stellung analysiert. Die – auch volkswirtschaftliche – Bedeutung, die einer erfolgreichen Eingliederung der Ausländer in den Arbeitsmarkt für die Integration zukommt, kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Inwieweit sie gelungen ist und zusätzliche Möglichkeiten zur Erschließung von Personal- und Qualifikationsreserven bestehen, wird mit Hilfe struktureller und sozioökonomischer Indikatoren wie der sektoralen Beschäftigungsstruktur, der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit sowie deren Dauer und Struktur analysiert<sup>7</sup>. Die entsprechenden Angaben sind für Deutsche und Ausländer getrennt verfügbar. Zusätzlich wird das Sozioökonomische Panel (SOEP) zur Analyse der beruflichen Mobilität im Zeitablauf herangezogen.

Die Integration ausländischer Beschäftigter in das Berufsleben und das Erwerbssystem als Voraussetzung für die Eingliederung auch in andere Subsysteme der Gesellschaft wie Politik, Wohnen oder Kultur ist dann als abge-

schlossen anzusehen, wenn zwischen ihnen und vergleichbaren deutschen Gruppen Chancengleichheit beim Zugang zu Beschäftigungsverhältnissen besteht und keine Diskriminierung hinsichtlich der Arbeitsbedingungen stattfindet. Weiterhin müssten für (potenzielle) ausländische Selbständige dieselben Rahmenbedingungen gelten wie für deutsche<sup>8</sup>.

Bei Ausländern der zweiten bzw. dritten Generation wird erwartet, dass ihre Integration – soweit sie bereits erwerbstätig geworden sind – weit fortgeschritten ist. Ihnen steht das deutsche Bildungssystem grundsätzlich offen, und die rechtlichen Möglichkeiten des Zugangs in selbständige bzw. abhängige Beschäftigungen unterscheiden sich bei entsprechendem Aufenthaltsstatus kaum von den Möglichkeiten deutscher Jugendlicher<sup>9</sup>. Insofern sind schon auf kürzere Sicht die Bildungs- und Erwerbsbeteiligung sowie die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit gleichaltriger Deutscher als Referenzmaßstäbe heranzuziehen. Für die heranwachsenden Ausländer wird dabei unter anderem die Integration in das Schul- sowie Aus- und Weiterbildungssystem untersucht. Aus dieser Analyse lassen sich Schlussfolgerungen für ihre weitere berufliche Integration ableiten, da die Beteiligung an der schulischen und beruflichen Ausbildung – wie erwähnt – eine wesentliche Bedingung für den Erfolg im Erwerbsleben darstellt.

Bei der Bewertung der festgestellten Integrationsdefizite und der Ansatzpunkte für eine Mobilisierung von Reserven sollte nicht unberücksichtigt bleiben, dass die empirischen Ergebnisse zumindest am aktuellen Rand durch die

<sup>3</sup> Vgl. im Einzelnen Heilemann et al. (2003: 28ff.).

<sup>4</sup> Vielfach gelten die Herkunftsländer der Eltern oder die Geburt im Aufnahmeland als Kriterium für die Zugehörigkeit zur zweiten Generation. Hier werden die 16- bis 30jährigen Ausländer der zweiten Generation zugerechnet, die eine deutsche Schule besucht haben. In der Praxis ist die Trennung der beiden Kriterien freilich kaum durchzuhalten: So dürften einerseits manche hier geborene Ausländer in die „Herkunftsländer“ abgewandert und andere Jugendliche aus diesen Ländern, z.B. als Heiratsmigranten und-migrantinnen, zugewandert sein. Quantitativ dürften letztere mit schätzungsweise einigen 1000 Personen p.a. indes nicht sehr ins Gewicht fallen.

<sup>5</sup> Von 1988, als die Ausreisebeschränkungen in den osteuropäischen Ländern gelockert wurden, bis 2001 sind mit ca. 2,8 Mill. Personen ebenso viele Aussiedler nach Deutschland gekommen wie – im Saldo der Zu- und Abwanderungen – Ausländer; unter letzteren waren fast drei Viertel Asylbewerber. Der genannte Saldo bei den Ausländern ist – anders als bei den deutschen Zuwanderern, denen kaum Abwanderer gegenüberstehen – das Ergebnis von 12 Mill. Zuzügen und 9,2 Mill. Fortzügen.

<sup>6</sup> Für eine eher historische Betrachtung der Integration von Aus- und Übersiedlern siehe auch Schmidt (1997).

<sup>7</sup> Zu den Indikatoren im Einzelnen vgl. auch von Loeffelholz/Thranhardt (1996: 27ff.).

<sup>8</sup> Zwar haben sich zahlreiche ehemalige Gastarbeiter in der Zwischenzeit selbständig gemacht, strukturelle Unterschiede gegenüber den Deutschen dürften aber nach wie vor bestehen, sie sind aber – trotz verbliebener rechtlicher Restriktionen – nicht notwendigerweise Resultat einer Diskriminierung; dies gilt auch in Bezug auf die Arbeitnehmer (Dietz 2001: 177). Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen der Erwerbsbeteiligung von Ausländern in Deutschland vgl. Heilemann et al. (2003: 68ff.).

<sup>9</sup> Eine Ausnahme stellt die Beamten-tätigkeit dar, für die mit wenigen Ausnahmen die deutsche Staatsangehörigkeit nach Art. 116 GG oder die eines EU-Mitgliedslandes erforderlich ist.

spürbar zunehmenden Einbürgerungen und durch die starke Asylbewerberimmigration in den 90er Jahren zu Ungunsten der Ausländer in Deutschland verzerrt sein könnten. Seit 1990 sind fast 900 000 ausländische Bürger deutsche Staatsbürger geworden, darunter ein Drittel allein in 1999 und 2000; unter den zwischen 1994 und 2000 Eingebürgerten (insgesamt 740 000) befanden sich zu mehr als der Hälfte Türken, die nur einen Anteil an den Ausländern von zurzeit 27 v.H. erreichen. Der jährliche Anteil der eingebürgerten Ausländer an allen Ausländern (Einbürgerungsquote) stieg insgesamt zwischen 1990 und 2000 von 0,4 auf 2,5 v.H. Von 1988 bis 2002 sind etwa 2,3 Mio. Asylbewerber nach Deutschland gekommen, und es ist nicht bekannt, wie viele darunter die Bundesrepublik wieder verlassen haben.

Schließlich werden die Implikationen der Mobilisierung von Personal- und Qualifikationsreserven bei Ausländern für Niveau und Struktur des Arbeitsmarkts insgesamt mit ins Bild genommen; dazu gehören auch die Auswirkungen für das Wirtschaftswachstum, den sektoralen Strukturwandel und die öffentlichen Finanzen einschließlich der sozialen Sicherungssysteme. Im gegebenen Rahmen können aber erschöpfende Aussagen nicht erwartet werden.

### 3 Ausländerbeschäftigung in Deutschland, Arbeitsmarkt- und (Aus-)Bildungsintegration sowie Mobilisierung von Reserven

#### 3.1 Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Ausländern

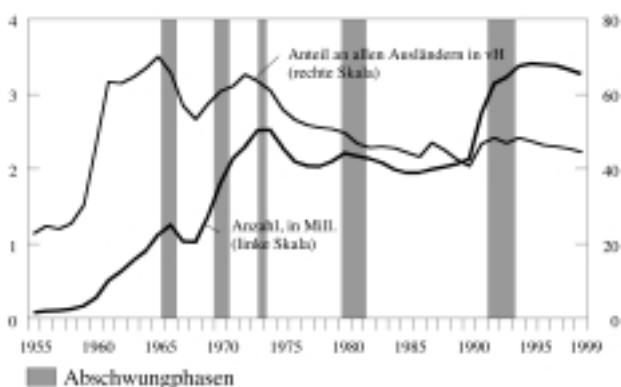
Die ausschließliche Erwerbsorientierung der zuwandernden Ausländer führte bis Anfang der siebziger Jahre zu einem Anwachsen der Zahl der ausländischen Erwerbspersonen sowohl absolut als auch in Relation zur Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Ausländer (Erwerbsquote; Schaubild 1). Als Folge des Anwerbestopps 1973, der wirtschaftlichen Flaute zu Beginn der achtziger Jahre und des auf die Entlastung des Arbeitsmarkts gerichteten Rückkehrhilfegesetzes 1983 (Hönekopp 1987) ging die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen von Mitte der siebziger bis Ende der achtziger Jahre spürbar zurück. Entsprechend entwickelte sich die Erwerbsquote der Aus-

länder: sie fiel von deutlich über 60 v.H. in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre auf unter 50 v.H. Anfang der achtziger; sie hatte sich damit an die der deutschen Bevölkerung angeglichen. Seitdem ist sie mit 45 v.H. (1999) unter das Niveau bei den deutschen Erwerbspersonen gefallen (47 v.H.)<sup>10</sup>.

Die Erwerbsbeteiligung von Ausländern wurde auch durch geschlechtsspezifische Unterschiede und vor allem durch die Zunahme von geringfügigen Beschäftigungen geprägt. Seit Beginn der Anwerbung unterscheidet sich die entsprechende Aufteilung der ausländischen von der der deutschen Erwerbspersonen: So sind etwa 65 v.H. aller ausländischen Erwerbspersonen Männer, bei den Deutschen knapp 56 v.H. Dieser Anteil nimmt indes sowohl bei Ausländern als auch bei Deutschen seit längerem ab. Die Erwerbsbeteiligung ausländischer Frauen ist in zunehmendem Maße von der Ausübung geringfügiger Tätigkeiten zum Beispiel in Reinigungsdiensten, im Einzelhandel oder im Gaststättengewerbe geprägt. So zeigt etwa ein Vergleich der Daten des Mikrozensus für die abhängig Beschäftigten mit den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für das Jahr 1997, dass die Zahl der weiblichen ausländischen Arbeiter und Angestellten im Mikrozensus um ca. 1/4 Mio. oder 36 v.H. über der der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ca. 700 000) lag, bei ausländischen Männern ebenfalls um etwa 1/4 Mio. bzw. 20 v.H. über der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (1,3 Mio.). Bei Deutschen betragen die entsprechende Werte 5 v.H. (Männer) bzw. 12 v.H. (Frauen). Diese Differenzen spiegeln zum Teil die unterschiedliche Bedeutung der geringfügigen Beschäftigung in den einzelnen Gruppen und möglicherweise zwischen unterschiedlichen Nationalitäten (EU- vs. Nicht-EU-Ausländer) wider. Somit sind rund ein Viertel aller weiblichen ausländischen Beschäftigten und ein Siebtel der ausländischen Männer in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen tätig, was als Indiz für die mangelnde Integration in den (ersten) Arbeitsmarkt anzusehen ist. Ausländerinnen haben offensichtlich besonders große Probleme beim Zugang zu regulären Arbeitsverhältnissen.

Wie Schaubild 2 zeigt, vollzogen sich seit 1973 als Folge des Anwerbestopps merkliche Strukturveränderungen in der ausländischen Erwerbstätigkeit. So war ein Rückgang des Anteils abhängig Beschäftigter von fast 100 v.H. der Erwerbspersonen auf gegenwärtig etwa 76 v.H. und ein merklicher Anstieg der ausländischen Selbständigkeit

Schaubild 1: Ausländische Erwerbspersonen in Deutschland<sup>1</sup> 1955 bis 1999



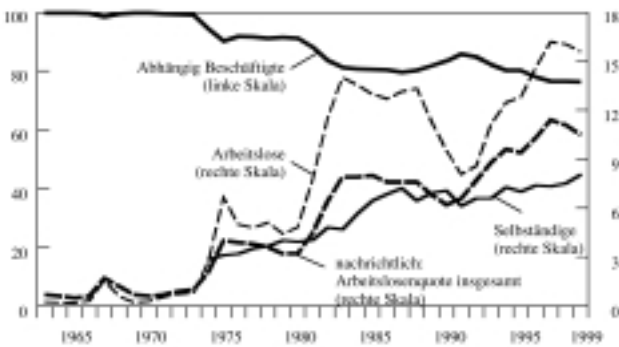
Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesanstalt für Arbeit

<sup>1</sup>Bis 1990 Westdeutschland

<sup>10</sup> Die mit der Familienzusammenführung ab 1973 – dem Jahr des Anwerbestopps – zwangsläufig sinkende Erwerbsbeteiligung der Ausländer erfolgte nicht zum Zwecke einer „Zuwanderung in die Sozialsysteme“, wie in der politischen Diskussion behauptet wird. Bei dieser Behauptung werden Arbeitsmarktangaben aus dem Jahr 1973 aktuellen Werten zur Erwerbsbeteiligung, Ausländerarbeitslosigkeit und Ausländerbestand gegenüber gestellt. Jedenfalls zahlen gerade die in den siebziger und achtziger Jahren vervollständigten Ausländerhaushalte und die neu zuziehenden Immigranten mehr in die öffentlichen Kassen als sie an monetären Leistungen und Nutzen bei der Inanspruchnahme der öffentlichen Infrastruktur beziehen. Dies gilt gerade auch für die gesetzliche Renten- sowie die Kranken- und die Pflegeversicherung. Zu weiteren fiskalischen Aspekten im Einzelnen vgl. von Loeffelholz/Köpp (1998), und Heilemann/von Loeffelholz (1998) und Bonin (2002). Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht vgl. auch Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (2002).

## Schaubild 2: Ausländische Erwerbstätigkeit in Deutschland<sup>1</sup> 1963 bis 1999

Anteil an allen ausländischen Erwerbspersonen in vH



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesanstalt für Arbeit

<sup>1</sup>Bis 1990 Westdeutschland

RWI  
ESSEN

von 2,9 v.H. im Jahr 1975 – dem ersten Jahr, für das Daten vorliegen – auf gegenwärtig ca. 7,5 v.H. zu beobachten. Der Anteil der Selbständigen unter den Ausländern liegt damit immer noch etwas unter dem der deutschen Vergleichsgruppe (9 v.H.); die sektorale Struktur der ausländischen Selbständigkeit unterscheidet sich indes weiter erheblich von der der deutschen.

Die Zunahme der ausländischen Selbständigkeit weist denn auch eine ausgeprägte Abhängigkeit zur Arbeitslosenquote auf. Eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit hat mit einer zeitlichen Verzögerung von einigen Quartalen offenbar immer eine Erhöhung der Selbständigenquote induziert. Eine Entspannung am Arbeitsmarkt führte insbesondere Ende der achtziger Jahre zu einem Rückgang des Anteils der Selbständigen. Dies deutet darauf hin, dass der Aufbau einer selbständigen Existenz von Ausländern aus Mangel an Arbeitsplätzen als Alternative zur abhängigen Beschäftigung angestrebt wird und insoweit als „Flucht in die Selbständigkeit“ zu interpretieren ist. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit früheren Untersuchungen<sup>11</sup>.

Würde sich die ausländische Erwerbsbeteiligung wieder auf das Niveau bei der deutschen Bevölkerung erhöhen bzw. würde die Selbständigenquote der Ausländer nach einem Aufholungsprozess von mehr als 25 Jahren die deutsche Quote nunmehr erreichen, gäbe es rein rechnerisch fast 150 000 mehr Erwerbspersonen bzw. 50 000 Personen wären zusätzlich selbständig. Jeder weitere Prozentpunkt, der bei der einen oder der anderen Quote mobilisiert werden könnte, bedeutete zusätzlich 70 000 Erwerbspersonen bzw. 35 000 Selbständige – verglichen mit den in Bevölkerungsprojektionen unterstellten 100 000 bis 200 000 jährlichen Zuwanderern und ihren rechnerischen Äquivalenten (z.B. Verlängerung der jährlichen Arbeitszeit um einen Tag p.a.; Heilemann et al. 2001: 283) – keine arbeitsmarktpolitisch zu vernachlässigenden Größenordnungen. Mit Blick darauf stellt sich – abgesehen von den Fragen nach den Möglichkeiten der Realisierung und dem Zeitbedarf dieser Option – die nach dem Einfluss der Mehrbeschäftigung auf den Arbeitsmarkt insgesamt. Tendenziell kann man davon ausgehen, dass bei einem längerfristigen Wachstumspfad der deut-

## Schaubild 3: Arbeitslosigkeit und BIP in Westdeutschland 1970 bis 2000

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesanstalt für Arbeit

<sup>1</sup>Ab 1995 Deutschland

RWI  
ESSEN

schen Wirtschaft in der Größenordnung von 2<sup>1/2</sup> v.H. p.a., wie er vielfach unterstellt wird, die Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes hoch genug ist. Dies gilt auch deshalb, weil schon mittelfristig der Bedarf an Arbeitskräften wegen der demografischen Kontraktion des Arbeitsangebots steigen wird. Gleichwohl können sektorale oder regionale Friktionen nicht ausgeschlossen werden; sie könnten darin bestehen, dass das zusätzliche Arbeitsangebot so lange nicht auf eine entsprechende Nachfrage trifft, bis die Anpassungsreaktionen abgeschlossen sind. Dies gilt in besonderem Maße bei einem flacheren Wachstumspfad.

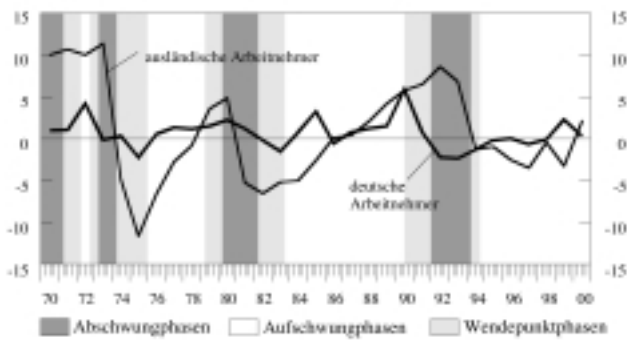
### 3.2 Verringerung der Arbeitslosigkeit von Ausländern

Integrationsdefizite werden insbesondere bei der überproportional hohen Arbeitslosigkeit deutlich: Wie Schaubild 3 zeigt, war die ausländische Erwerbsbeteiligung in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten maßgeblich von Arbeitslosigkeit geprägt. So waren nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit im Oktober 2001 etwa 450 000 Ausländer arbeitslos, im Jahresdurchschnitt etwa 425 000. Die Arbeitslosigkeit unter Ausländern hat sich damit seit Anfang der neunziger Jahre mehr als verdoppelt. Die Arbeitslosenquote liegt bereits seit den siebziger Jahren merklich – und zunehmend – über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt, im Jahresdurchschnitt 2001 lag sie bei reichlich 16 v.H. gegenüber 9,4 v.H. insgesamt und 7,5 v.H. bei den Deutschen. Arbeitslosigkeit birgt die Gefahr der Marginalisierung, vermindert die Möglichkeiten zur Teilhabe am sozialen Leben und hat unter Umständen eine Stigmatisierung zur Folge. Die hohe Arbeitslosenquote unter Ausländern muss daher als erhebliches Integrationsdefizit angesehen werden (Hönekopp 2000). Zudem scheint vor dem Hintergrund des weiteren Auseinanderdriftens die Gefahr zu bestehen, dass immer größere Teile der ausländischen Erwerbspersonen in konjunktureller und struktureller Hinsicht vom Arbeitsmarkt abgekoppelt werden.

<sup>11</sup> Vgl. von Loeffelholz u.a. (1994: 37f.) ausführlich zu den statistischen Unschärfen und zu den Bestimmungsgründen ausländischer Selbständigkeit.

### Schaubild 4: Beschäftigung von deutschen und ausländischen Arbeitnehmern<sup>1</sup> 1970 bis 2000

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH



Eigene Berechnungen nach amtlichen Angaben.  
<sup>1</sup>Nur sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer.

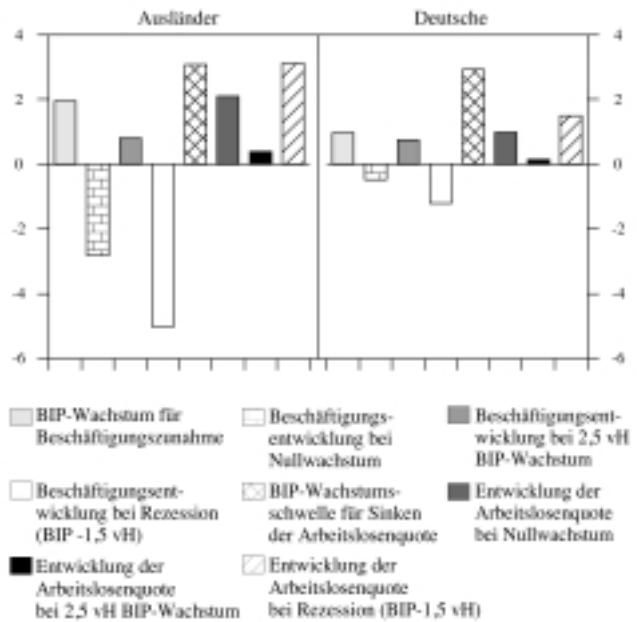


Um ein umfassenderes Bild der Arbeitsmarktlage für Ausländer zu gewinnen, wird zusätzlich die *Stille Reserve* betrachtet. Darunter werden Personen subsumiert, die prinzipiell an der Aufnahme einer Beschäftigung interessiert sind, sich aber unter den gegebenen Arbeitsmarktbedingungen vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. Das arbeitsmarktpolitische Prinzip der Nachrangigkeit gegenüber deutschen oder ihnen gleichgestellten EU-Arbeitnehmern dürfte überproportional viele Nicht-EU-Ausländer zu einem Rückzug in die Stille Reserve bewegen haben. Die Daten untermauern, wie ausgeprägt die Arbeitsmarktprobleme bei Ausländern in Deutschland sind: Die Stille Reserve belief sich 1999 bei Ausländern auf rund 500 000 Personen bzw. reichlich 15 v.H. des Erwerbspersonenpotenzials, bei Deutschen auf 1,3 Mio. bzw. 3,7 v.H. Arbeitslosigkeit und Stille Reserve zusammen genommen machten bei Ausländern somit 1999 über 1 Mio. Personen aus bzw. rund ein Viertel des ausländischen Erwerbspersonenpotenzials (Autorengruppe 2000).

Die Arbeitslosigkeit unter Ausländern hat seit 1970 durchweg früher und stärker auf konjunkturelle Eintrübungen reagiert als die unter Deutschen (Schaubild 4). Ursächlich hierfür ist unter anderem die sektorale Beschäftigungsstruktur der Ausländerbeschäftigung mit einem ausgeprägten Schwerpunkt im sekundären Sektor (s.u. 3.3). Das skizzierte Reaktionsmuster ist im Verlauf der vergangenen drei Jahrzehnte stabil geblieben, auch wenn sich die Amplituden sowohl bei Deutschen als auch bei Ausländern verringert haben<sup>12</sup>. Dies ist indes auf das mittlerweile erreichte Ausmaß der (Sockel-)Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Anschluss an die Rezessionen zu Anfang der siebziger und achtziger Jahre dürfte darüber hinaus weniger auf strukturelle Faktoren zurückzuführen gewesen sein, sondern auf Rückwanderungen; Korrelationsanalysen für den Zeitraum 1960 bis 1991 zeigen einen starken positiven Zusammenhang zwischen dem Wachstum des westdeutschen Bruttoinlandsproduktes (BIP) und der Zu- und Abwanderung von Ausländern (Mammey 1990: 55; Barabas et al. 1992; zusammenfassend Fertig/Schmidt 2001).

Im Hinblick auf die Integration von Ausländern in den Arbeitsmarkt sind – gemessen an ihrer „Anfälligkeit“ für Arbeitslosigkeit – in den zurückliegenden Jahrzehnten keine

### Schaubild 5: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit von Ausländern<sup>1</sup> und Deutschen im Vergleich 1970 bis 2000; in vH



Eigene Berechnungen nach amtlichen Angaben. <sup>1</sup>In Bezug auf Beschäftigung nur sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer.



wesentlichen Fortschritte erzielt worden. Die Beschäftigung von Ausländern scheint nach wie vor insbesondere als „Puffer“ für eine variierende gesamtwirtschaftliche Auslastung zu fungieren. Dies ist auch daran zu erkennen, dass die Ausschläge der (relativen) Beschäftigungsveränderungen bei den (sozialversicherungspflichtigen) Ausländern im Konjunkturverlauf wesentlich ausgeprägter sind als die bei den deutschen Arbeitnehmern. Dies wirft die Frage nach dem empirisch-statistischen Zusammenhang zwischen realem BIP-Wachstum und (sozialversicherungspflichtiger) Beschäftigung bzw. prozentualer Veränderung der Arbeitslosigkeit von Ausländern auch im Vergleich zu den entsprechenden deutschen Beschäftigten und Arbeitslosen auf. Schätzungen der Zusammenhänge – mit anderen Worten eine Überprüfung von *Okun's Law* – für die zurückliegenden drei Dekaden führen zu aufschlussreichen Ergebnissen (Schaubild 5<sup>13</sup>).

<sup>12</sup> Zur Abgrenzung der Konjunkturphasen vgl. RWI (Hrsg.) 1997: 146ff.

<sup>13</sup> Bei der Berechnung der dargestellten Zusammenhänge zwischen Wachstum und Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit – des Okun'schen Gesetzes – wurden folgende Schätzansätze verwendet:

$$\text{Ausländer: Besch v.H.} = -2,833 + 1,457 \cdot \text{BIP v.H.}; R^2 = 0,197.$$

$$\text{Deutsche: Besch v.H.} = -0,473 + 0,488 \cdot \text{BIP v.H.}; R^2 = 0,229.$$

$$\text{Ausländer: Aloqu v.H.-P.} = 2,090 - 0,680 \cdot \text{BIP v.H.}; R^2 = 0,600.$$

$$\text{Deutsche: Aloqu v.H.-P.} = 0,985 - 0,336 \cdot \text{BIP v.H.}; R^2 = 0,514.$$

mit: Besch v.H.: Veränderung der Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr in v.H.;

Aloqu v.H.-P: Veränderung der Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr in v.H.-Punkten;

BIP v.H.: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in v.H.;

R<sup>2</sup>: korrigiertes Bestimmtheitsmaß; unter den Koeffizienten in Klammern die t-Werte.

Es zeigt sich auch hier, dass die Ausländer zum Beispiel einer höheren Beschäftigungsschwelle unterliegen als die Deutschen und dass der Abbau ihrer Beschäftigung in der Rezession wesentlich stärker ausfällt, dass aber auch der Beschäftigungsaufbau bei ihnen mit dem Einschwenken der Wirtschaft auf den Wachstumspfad von 2<sup>1/2</sup> v.H. p.a. etwas kräftiger ist. Ähnliches gilt analog für die Reaktion der Arbeitslosenquote der Vergleichsgruppen<sup>14</sup>. Die autonome und die wachstumsinduzierte Komponente der Beschäftigungsveränderung bzw. der Veränderung der Arbeitslosenquote sind im Betrachtungszeitraum gleichgerichtet. Während sich für die deutschen Beschäftigten ein autonomer Beschäftigungsabbau von nur 0,5 v.H. p.a. ergibt, fällt er bei den Ausländern fünf- bis sechsmal so hoch aus (2,8 v.H. p.a.).

Gleichzeitig war die Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums für Ausländer etwa dreimal so hoch wie

bei den deutschen Arbeitnehmern. Die autonome und die wachstumsinduzierte Zunahme der Arbeitslosenquote war von 1970 bis 2000 unter den ausländischen Arbeitskräften jeweils doppelt so stark wie unter den deutschen. In beiden Fällen könnten sich in den Unterschieden strukturelle Gründe widerspiegeln – etwa die unterschiedliche Bedeutung von Arbeitsmarktregulierungen für Deutsche und für Ausländer oder das unterschiedliche Niveau des „Anspruchslohns“. Welcher Stellenwert ihnen im Einzelnen zukommt, soll hier nicht weiter verfolgt werden. Aus

<sup>14</sup> Allerdings ist in Bezug auf die Beschäftigung das – im Gegensatz zur Veränderung der Arbeitslosenquote – nur geringe Bestimmtheitsmaß von 0,2 (Arbeitslosenquote: 0,6) zu beachten und sollte zur vorsichtigen Interpretation mahnen. Weiterer Forschungsbedarf besteht an dieser Stelle, inwieweit zusätzliche Determinanten der Beschäftigung (z.B. die Lohnstückkosten oder die jährliche Zuwanderung) die Ergebnisse verbessern.

**Tabelle 1: Arbeitslosigkeit unter Ausländern und Deutschen nach dem Alter der Arbeitslosen und der Dauer der Arbeitslosigkeit im September 1999**

Alter	Insgesamt			Dauer – Anteile in v.H.						
	Anzahl in 1000	Anteile in v.H.	Anteil an der Altersgruppe in v.H. <sup>1</sup>	Insgesamt	unter 1 Monat	1 Monat bis unter 3 Monaten	3 Monate bis unter 1/2 Jahr	1/2 Jahr bis unter 1 Jahr	1 Jahr bis unter 2 Jahre	2 Jahre und länger
Ausländer										
unter 20	14,9	3,1	3,0	100	34,3	39,2	16,6	7,8	2,0	0,1
20 bis unter 25	46,6	9,7	6,7	100	24,9	32,6	21,2	14,5	5,5	1,4
25 bis unter 30	66,5	13,8	7,6	100	17,6	24,8	20,2	20,2	11,6	5,6
30 bis unter 35	69,2	14,4	8,4	100	14,9	21,4	19,0	20,8	14,0	9,8
35 bis unter 40	60,4	12,5	9,3	100	13,1	19,6	17,7	20,3	15,8	13,6
40 bis unter 45	48,3	10,0	9,2	100	11,7	17,6	16,4	20,1	16,7	17,5
45 bis unter 50	46,4	9,6	9,7	100	10,2	14,7	14,5	19,4	18,5	22,7
50 bis unter 55	57,3	11,9	13,4	100	7,8	11,1	11,9	17,6	20,2	31,3
55 bis unter 60	57,2	11,9	17,2	100	5,3	7,4	9,6	16,0	21,3	40,4
60 bis unter 65	15,1	3,1	6,6	100	5,8	8,6	10,6	18,2	25,0	31,8
Insgesamt	481,9	100,0	6,6	100	13,6	19,0	16,2	18,4	15,3	17,5
Deutsche										
unter 20	106,3	3,1	2,6	100	30,9	50,3	12,5	5,1	1,2	0,1
20 bis unter 25	279,1	8,1	7,4	100	26,5	37,2	18,5	12,4	4,4	0,9
25 bis unter 30	277,2	8,0	5,9	100	16,7	25,8	20,4	19,6	11,2	6,1
30 bis unter 35	388,8	11,2	6,2	100	13,4	21,5	19,5	21,2	13,9	10,5
35 bis unter 40	431,4	12,5	6,8	100	11,6	19,1	18,4	21,2	15,2	14,4
40 bis unter 45	391,9	11,3	7,1	100	10,6	17,4	17,6	20,9	16,0	17,6
45 bis unter 50	391,3	11,3	7,6	100	9,0	15,1	16,6	20,9	17,6	20,8
50 bis unter 55	343,7	9,9	8,4	100	7,0	12,5	15,4	19,7	19,0	26,3
55 bis unter 60	716,6	20,7	13,3	100	4,0	7,7	12,0	17,7	21,1	37,5
60 bis unter 65	134,9	3,9	2,7	100	3,6	7,8	11,4	21,4	25,7	30,1
Insgesamt	3 461,3	100,0	4,6	100	11,2	18,2	16,3	19,0	15,9	19,4

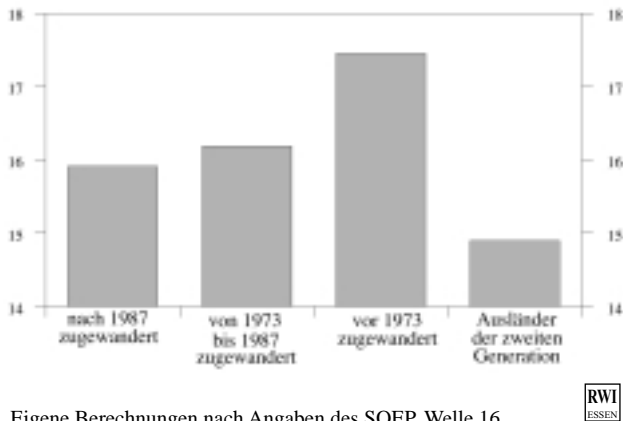
Eigene Berechnungen nach Angaben in Bundesanstalt für Arbeit und des Statistischen Bundesamtes.

<sup>1</sup> Anteil der Arbeitslosen an allen Personen der jeweiligen Altersgruppe.





**Schaubild 6: Arbeitslosenquoten unter Ausländern 1999; in vH**



Eigene Berechnungen nach Angaben des SOEP, Welle 16.

diesen Ergebnissen kann zumindest der vorsichtige Schluss gezogen werden, dass ein wesentlicher Ansatzpunkt für eine Mobilisierung von Personalreserven eine Erhöhung des Wirtschaftswachstums ist. Ein zusätzliches BIP von 1 v.H. senkt die Arbeitslosenquote der Ausländer um 3 v.H. bzw. um  $\frac{1}{2}$  v.H.-Punkt und verhindert einen Beschäftigungsabbau bzw. verstärkt einen etwaigen Aufbau um reichlich 1 v.H.<sup>15</sup>.

Personen der zweiten und dritten Ausländergeneration haben einen hohen Anteil an der Arbeitslosigkeit. So waren im September 1999 über 26 v.H. der ausländischen Arbeitslosen jünger als 30 Jahre gegenüber 20 v.H. der deutschen (Tabelle 1). Werden die spezifischen Unterschiede in der Altersstruktur zwischen Deutschen und Ausländern eliminiert, so fallen die Befunde für junge Ausländer günstiger aus. In der Altersklasse der unter 20-Jährigen sind 3 v.H. der Ausländer und 2,6 v.H. der Deutschen arbeitslos. In der Altersklasse der 20- bis 25-Jährigen liegt der Wert bei Ausländern mit 6,7 v.H. sogar unter dem für Deutsche von 7,4 v.H. Dabei ist zu berücksichtigen, dass hier nur die registrierte Arbeitslosigkeit und nicht die Stille Reserve betrachtet wird. 61,5 v.H. aller registrierten Arbeitslosen unter 25 Jahre hatten keine abgeschlossene Berufsausbildung. Dies zeigt, dass nicht zuletzt Qualifikationsmängel aufgrund unzureichender schulischer und beruflicher Ausbildung wesentliche Faktoren für Arbeitslosigkeit sind. Jüngere Ausländer weisen – wie in Abschnitt 3.4 gezeigt wird – erhebliche Qualifikationsdefizite auf. Es ist vor diesem Hintergrund anzunehmen, dass in den skizzierten Arbeitsmarktdaten diejenigen ausländischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit anstreben, nur unvollständig erfasst werden. Als Indiz dafür kann der Anteil von Jugendlichen gewertet werden, die ein Berufsgrundbildungsjahr absolvieren. Bezogen auf die Gruppe der 15- bis 20-Jährigen sind das unter Ausländern 4 v.H., unter Deutschen dagegen nur 2 v.H.

Mit zunehmendem Alter wächst der Anteil der Arbeitslosen bei den Ausländern stärker als bei den Deutschen. So waren im September 1999 etwa 13 v.H. der 50- bis 55-jährigen Ausländer arbeitslos und sogar 17,2 v.H. der 55- bis 60-Jährigen, aber nur 8,4 v.H. bzw. 13,3 v.H. der

Deutschen<sup>16</sup>. Den Einfluss des Alters auf das Arbeitsmarktrisiko bestätigen auch Analysen mit Daten des SOEP (Schaubild 6). Danach weisen die im Zuge der „Gastarbeiterwelle“ zugezogenen Ausländer aufgrund ihrer Konzentration auf das Produzierende Gewerbe, wo – ohne Baugewerbe – seit 1970 zusammen 4,5 Mill. Beschäftigungen bzw. ein Drittel der Arbeitsplätze abgebaut wurden, die höchste Arbeitslosigkeit auf. Dagegen lassen sich zwischen den Ausländern, die in der Phase der Familienzusammenführung bis Ende der achtziger Jahre nachgezogen sind, sowie den nach 1987 zugezogenen nur begrenzte Unterschiede feststellen. Im Vergleich dazu fällt die Quote für die in Deutschland geborenen Ausländer etwas günstiger aus. Sie liegt indes mit fast 15 v.H. immer noch merklich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt von rund 9 v.H.<sup>17</sup>

Auffallend ist, dass der Anteil von längerfristig Arbeitslosen unter älteren Ausländern größer ist als in der deutschen Vergleichsgruppe. So sind etwa in der Altersgruppe der 50- bis unter 55-jährigen ausländischen Arbeitslosen 31,3 v.H. länger als 2 Jahre arbeitslos, in der deutschen dagegen nur 26,3 v.H. Die Wahrscheinlichkeit, langfristig arbeitslos zu sein, nimmt bei Ausländern ab dem Alter von 40 Jahren stärker zu als unter Deutschen; demgegenüber ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen unter den Deutschen altersgruppenspezifisch geringfügig größer als unter Ausländern. Der höhere Anteil von Langzeitarbeitslosen in den mittleren und höheren Altersklassen wird durch einen geringeren Anteil in der Gruppe der 30- bis 40-Jährigen kompensiert, die bei ausländischen Arbeitslosen wesentlich stärker besetzt ist als bei deutschen. Die häufig vertretene These, dass Ausländer im Schnitt kürzer arbeitslos sind als Deutsche, ist insoweit offenbar zum Teil Ergebnis dieses Altersstruktureffekts. Allerdings ist hierbei auch in Rechnung zu stellen, dass Ausländer früher in die Stille Reserve abwandern als Deutsche.

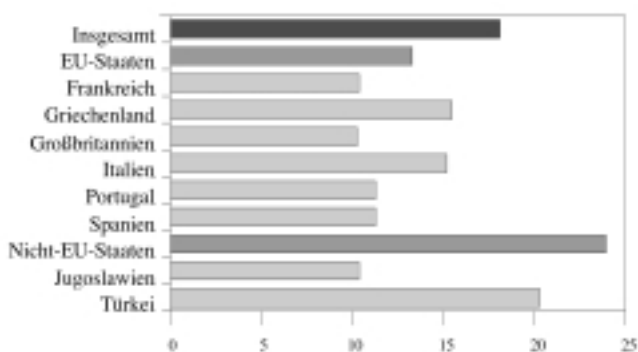
Festzuhalten ist bis hier, dass in der Vergangenheit die Arbeitslosigkeit unter Ausländern maßgeblich von konjunkturellen Einbrüchen geprägt wurde, die vor allem in der Industrie – einem traditionellen Schwerpunkt der Ausländerbeschäftigung bis in die achtziger Jahre (Lamberts 1976; Giersch et al. 1994) – zu massiven Arbeitsplatzverlusten geführt haben. Weitere Ursachen sind Qualifika-

<sup>15</sup> Zur umgekehrten Wirkungsrichtung, nämlich zu den Effekten der Zuwanderung nach (West-) Deutschland zwischen 1988 und 1991 auf die Gesamtwirtschaft, siehe Barabas et al. (1992).

<sup>16</sup> Im fortgeschrittenen Alter wird jedoch die Erwerbstätigkeit nicht nur durch Arbeitslosigkeit, sondern auch durch Erwerbsunfähigkeit bzw. eingeschränkte Erwerbsfähigkeit unterbrochen bzw. vorzeitig beendet. Daher interessiert nicht nur die Arbeitslosenquote, sondern auch die Quote der Rentner vor der Altersgrenze von 65 Jahren. Es stellt sich die Frage, inwieweit der Vergleich der Arbeitslosenquoten zwischen Deutschen und Ausländern wegen unterschiedlicher Inanspruchnahme des vorzeitigen Ruhestands verzerrt ist. Die verfügbaren Informationen deuten nicht darauf hin, dass der höheren Arbeitslosigkeit älterer Ausländer eine geringere Inanspruchnahme vorzeitiger Renten gegenübersteht; die Rentenzugangstatistik verweist im Gegenteil auf eine eher stärkere Inanspruchnahme.

<sup>17</sup> Bei der Interpretation dieser Werte ist zu berücksichtigen, dass sie nur eingeschränkt mit Angaben der amtlichen Arbeitsmarktstatistik vergleichbar sind; so ist die Basis an Beobachtungen im SOEP insbesondere im Bezug auf die Arbeitsmarktintegration von Ausländern der zweiten Generation nur sehr schmal.

**Schaubild 7: Anteil der arbeitslosen Ausländer an den ausländischen Arbeitnehmern<sup>1</sup> nach Staatsangehörigkeit Oktober 2000; in vH**



Nach Angaben in Bundesanstalt für Arbeit 2000. <sup>1</sup>Bezugsbasis ist die Summe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeitslosen.



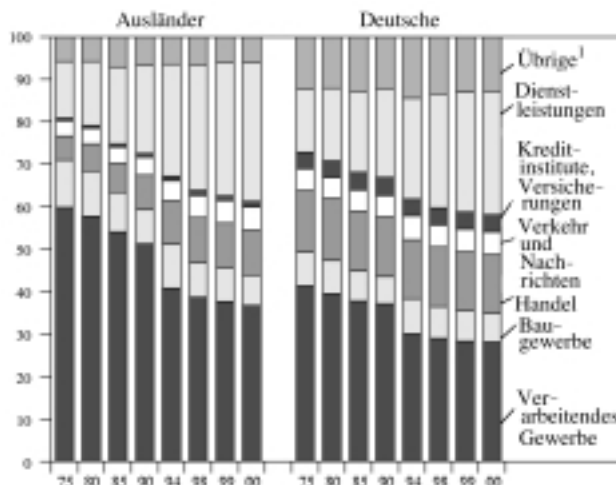
tionsdefizite sowie das Alter. Gerade die älteren ausländischen Arbeitnehmer, die im Zuge der Anwerbemaßnahmen in den sechziger und zu Anfang der siebziger Jahren in die Bundesrepublik kamen, sind besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, wofür neben qualifikatorischen Defiziten auch gesundheitliche Einschränkungen, nicht zuletzt auch als Folge der belastenden Arbeitsbedingung im Verarbeitenden Gewebe, eine Rolle spielen dürften.

Im Hinblick auf den integrationspolitischen Handlungsbedarf und die Frage der Mobilisierung von Reserven stellt sich die Frage, inwieweit diese Faktoren besonderen Einfluss auf die Arbeitslosigkeit einzelner Nationalitäten haben. So sind 23,8 v.H. der Ausländer aus Nicht-EU-Staaten arbeitslos gegenüber 13,2 v.H. der Ausländer aus der EU (Schaubild 7). Die höhere Arbeitslosigkeit von Nicht-EU-Ausländern ist dabei kein spezifisches Phänomen für Deutschland, sondern in der gesamten EU zu beobachten (Kiehl/Werner 1998). Unter den EU-Bürgern weisen Griechen und Italiener hohe, Spanier und Portugiesen relativ niedrige Arbeitslosenquoten auf. Unter den Nicht-EU-Bürgern liegen die Quoten der Jugoslawen und Türken merklich unter dem Durchschnitt aller Nicht-EU-Bürger, die der Türken aber erheblich über dem Durchschnitt aller Ausländer. Im Unterschied zu Deutschland weisen die Immigranten in die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada, aber auch nach Australien eine niedrigere (registrierte) Arbeitslosigkeit auf (OECD 2000: 194). Dies dürfte vor allem auf eine größere Flexibilität der dortigen Arbeitsmärkte und auf eine stärkere Steuerung der Immigration zurückzuführen sein.

Die divergierende nationalitätenspezifische Arbeitslosigkeit erweist sich im Zeitablauf als annähernd stabil. Dies wirft die Frage auf, welche Ursachen für die Divergenzen verantwortlich gemacht werden können. Analysen mit soziodemografischen Faktoren wie Alter, Beruf, Geschlecht und Qualifikation liefern zwar Erklärungsbeiträge, können die Unterschiede aber genauso wenig wie der rechtliche Status als EU- oder Nicht-EU-Bürger hinreichend erklären. Demgegenüber gehen von der sektoralen Struktur der letzten Erwerbstätigkeit der Betroffenen signifikante Ein-

**Schaubild 8: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe, Handel und Dienstleistungsbereich 1975 bis 2000**

in vH der ausländischen bzw. deutschen Beschäftigten insgesamt; bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1994 Deutschland



Eigene Berechnungen nach amtlichen Angaben. <sup>1</sup>Land- und Forstwirtschaft, Energie- und Bergbau, Organisationen o.E. und private Haushalte, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.



flüsse aus. Die überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffenen Türken, Griechen und Italiener gingen überwiegend einer Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe nach. Der Anteil der Beschäftigten im sekundären Sektor belief sich Anfang der neunziger Jahre unter türkischen Beschäftigten auf 69 v.H., unter Griechen auf 67 v.H. und bei Italienern auf 61 v.H., während er im Durchschnitt aller Beschäftigten aus EU-Ländern 58 v.H. betrug (Bender/Karr 1993: 205). Gerade im sekundären Wirtschaftsbereich, auf den sich die Anwerbungen von männlichen Arbeitskräften bis zum Anwerbestopp 1973 konzentrierten, ist die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden, besonders groß, wie der folgende Abschnitt zeigt. Die unterschiedlichen sektoralen Strukturen der Beschäftigung liefern insofern einen wesentlichen Erklärungsbeitrag für die zunehmende Arbeitslosigkeit unter Ausländern. Zudem ist in Rechnung zu stellen, dass unter den in jüngerer Vergangenheit aus Ost- und Südosteuropa zugewanderten Personen ein hoher Anteil aus Volkswirtschaften stammt, in denen der sektorale Strukturwandel weit weniger fortgeschritten ist und die damit zusammenhängend häufig über Qualifikationen verfügen, die in Deutschland kaum nachgefragt werden. Mit Blick hierauf und auf die Erfahrungen in den klassischen Zuwanderungsländern wird eine stärkere Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland nach Qualifikationskriterien für erforderlich gehalten (Heilemann et al. 2001, Martin et al. 2002).

### 3.3 Angleichung der sektoralen Beschäftigungsstruktur

Der immer noch ausgeprägte sektorale Schwerpunkt der ausländischen Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe (Schaubild 8) beeinflusst – wie schon hervorgehoben – auch merklich die Risikostruktur der Erwerbstätigkeit von Ausländern. Dieser Bereich ist durch eine stärkere Abhängigkeit von außenwirtschaftlichen Einflüssen ge-

prägt; die Beschäftigung von Ausländern ist allein hier von 1995 bis 2000 um 156 000 Personen zurückgegangen, was 78 v.H. des gesamten Rückgangs der ausländischen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in dieser Phase ausmacht; die Zahl der deutschen Beschäftigten verminderte sich im Verarbeitenden Gewerbe um 423 000 Personen, während die entsprechende Beschäftigung insgesamt 2000 nur um etwa 100 000 Personen niedriger war als noch Mitte der neunziger Jahre. Im Baugewerbe ist die Zahl der beschäftigten Ausländer von 1995 bis 2000 um 76 000 gegenüber 465 000 bei deutschen Beschäftigten zurückgegangen.

Zu den Bereichen mit Beschäftigungszuwächsen gehörten sowohl bei den ausländischen als auch bei deutschen Beschäftigten die Übrigen Dienstleistungen sowie die Privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter und die Privaten Haushalte. Die Zahl der ausländischen Beschäftigten nahm im Bereich Übrige Dienstleistungen zwischen 1995 und 2000 um 56 000 und bei den Privaten Organisationen und Haushalten um 4 200 zu, die der deutschen um 1,16 Mio. bzw. um 77 000. Der Beschäftigungszuwachs wurde nur zu 4,6 v.H. durch die Einstellung von Ausländern realisiert, die einen Anteil von 7 v.H. an der Gesamtbeschäftigung ausmachen, während 20 v.H. des Beschäftigungsrückgangs im Verarbeitenden und Baugewerbe auf Ausländer entfielen.

Zwar näherte sich die sektorale Strukturen der ausländischen Erwerbstätigkeit der der deutschen an, indes ist noch spürbarer Nachholbedarf vorhanden. Über die Hälfte der ausländischen Beschäftigten sind weiterhin im Verarbeitenden und im Baugewerbe sowie im Handel (55 v.H. in 2000) – überwiegend Männer in den zuerst genannten Bereichen, vor allem Frauen im zuletzt genannten – tätig und meist mit einfacheren Tätigkeiten betraut, wogegen die deutschen Arbeitnehmer ihr Hauptbeschäftigungsfeld im „tertiären“ Sektor finden (52 v.H.). Der

Unterschied resultiert vor allem daraus, dass die Beschäftigung ausländischer, männlicher und weiblicher Arbeitnehmer in einigen qualifizierten Dienstleistungsbereichen (Versicherungswesen, Kreditinstitute, „wissensbasierte“ Dienstleistungen im Allgemeinen<sup>18</sup>) und – erwartungsgemäß – im Staatssektor im Vergleich zu deutschen gering ist.

Vor diesem Hintergrund ist eine Beschleunigung des sektoralen Strukturwandels bei der Ausländerbeschäftigung hin zu den qualifizierteren Beschäftigungen und Tätigkeiten wünschenswert. Hätten zum Beispiel 2000 die knapp 2 Mio. ausländischen sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer die insgesamt herrschende Branchenstruktur aufgewiesen, wären 230 000 von ihnen (12 v.H.) weniger im Verarbeitenden Gewerbe (-155 000), im Bau (-9 000) und bei den allgemeinen Dienstleistungen (-67 000) tätig gewesen und mehr im Handel (58 000), bei den Banken und Versicherungen (52 000) sowie bei den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung (85 000; Tabelle 2). Diese Betrachtung abstrahiert freilich von den sektoralen und unter Umständen auch regionalen Implikationen dieser Umstrukturierung für das jeweilige Lohn- und Beschäftigungsniveau sowie für sein strukturelles Profil. Sie brauchen indes nicht allzu hoch angesetzt werden, da die hinzu kommenden bzw. ausscheidenden Arbeitskräfte nur maximal etwa 5 v.H. der jeweiligen Branchenbeschäftigung ausmachen würden. Trotz dieser Integration bräuchte die deutsche Wirtschaft auf die „Puffer“-funktion der Ausländerbeschäftigung auch in Zukunft voraussichtlich nicht verzichten, da immer wieder neue Zuwanderer kommen, zu deren wichtigsten komparativen Vorteilen gegenüber den ansässigen Arbeitskräften ihre größere Arbeitsmarktflexibilität und ihr – zunächst – geringeres Anspruchsniveau gehören.

<sup>18</sup> Auch hier ist anzunehmen, dass unzureichende fachspezifische Sprachkenntnisse und Qualifikationen eine wichtige Rolle spielen.

**Tabelle 2: Sektorale Struktur der deutschen und ausländischen sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer 2000; in 1000 Personen**

Wirtschaftsgruppe	Arbeitnehmer		ausländische Arbeitnehmer bei gesamtwirtschaftlicher Branchenverteilung	Differenz
	deutsche	ausländische		
Land- und Forstwirtschaft	336	27	26	-1
Energie und Bergbau	388	14	28	14
Verarbeitendes Gewerbe	7267	716	561	-155
Bau	1733	141	132	-9
Handel	3595	209	267	58
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1361	106	103	-3
Kreditinstitute und Versicherungen	1047	23	75	52
Dienstleistungen	7525	641	574	-67
Organisationen ohne Erwerbscharakter, Private Haushalte	853	37	63	26
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	1759	41	127	85
insgesamt	25861	1956	1956	0

Eigene Berechnungen nach amtlichen Angaben.

### 3.4 Verbesserung der beruflichen Integration

Die hohe Bedeutung der Eingliederung der Ausländer in den Arbeitsmarkt für den gesamten Integrationsprozess in die gesellschaftlichen Subsysteme ist unbestritten. Inwieweit diese Integration bereits fortgeschritten ist bzw. welche Reserven hier noch bestehen, wurde in den vorangegangenen Abschnitten untersucht; im Folgenden sollen zusätzliche sozioökonomische Indikatoren herangezogen werden. Auch um weitere Ansatzpunkte der Mobilisierung von Personal- und Qualifikationsreserven zu erkennen, steht die Frage im Mittelpunkt, inwieweit sich der Befund, dass Ausländer am sektoralen Strukturwandel hin zu wissensbasierten Dienstleistungen nur unterdurchschnittlich partizipiert haben, auf beruflicher Ebene bestätigt. Dies betrifft die Qualifikationsstrukturen bzw. die damit verbundene berufliche Position und Mobilität ausländischer Beschäftigter über einen längeren Zeitraum von etwa Mitte der achtziger Jahre bis Ende der neunziger. Aus Vergleichsgründen bezieht sich die Betrachtung auf Westdeutschland.

Zwar ist seit 1984 der Anteil ungelernter Arbeiter unter den ausländischen Erwerbstätigen stark rückläufig (von 22 v.H. auf 14 v.H. 1999; Tabelle 3), dennoch ist nach wie vor gut die Hälfte aller ausländischen Erwerbstätigen als un- und angelernte Arbeiter tätig; dieser Anteil beläuft sich bei den deutschen Erwerbstätigen auf lediglich 14 v.H. Obwohl er in der zweiten Generation der Ausländer um 15 v.H.-Punkte niedriger liegt als bei Ausländern insgesamt, ist er dennoch mehr als doppelt so hoch wie in der Vergleichsgruppe. Während jeder zweite deutsche Erwerbstätige einer Tätigkeit im Angestelltenverhältnis nachgeht, ist dies nur bei jedem vierten ausländischen Beschäftigten insgesamt der Fall und nur bei jedem dritten der zweiten Generation. Aufgrund der beamtenrechtlichen Vorschriften sind jugendliche wie auch ältere Ausländer bis auf wenige Ausnahmen, z.B. als Universitätsprofessoren, nach wie vor praktisch nicht in Beamtenberufen zu finden<sup>19</sup>.

Günstiger stellt sich die Situation für ausländische Facharbeiter und Meister dar. Unter allen ausländischen Erwerbstätigen wie auch unter denen aus der zweiten Generation finden sich annähernd so viele Facharbeiter und Meister wie unter den deutschen Referenzgruppen. So gehörten 1999 20 v.H. aller ausländischen Erwerbstätigen den genannten Gruppen an. In Bezug auf die Erwerbstätigen der zweiten Generation beträgt der Anteilsrückstand bei Ausländern lediglich 2 v.H.-Punkte.

Bei der beruflichen Stellung von ausländischen Arbeitnehmern scheinen in den zurückliegenden knapp zwei Jahrzehnten erhebliche Fortschritte erzielt und Qualifikationsreserven bereits durch „learning by doing“ bzw. „training on the job“ erschlossen worden zu sein. Der im Vergleich zu Deutschen geringe Anteil im Angestelltenverhältnis dürfte auf den nach wie vor hohen Anteil von Ausländern zurückzuführen sein, denen – formal – die geforderten qualifikatorischen Voraussetzungen fehlen; für die zweite Ausländergeneration fallen die Befunde merklich günstiger aus. Die weiterhin bestehenden Diskrepanzen zwischen Deutschen und Ausländern müssen

**Tabelle 3: Ausländische und deutsche Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf 1984 und 1999; Anteil in v.H.**

	Ausländer		Deutsche	
	1984	1999	1984	1999
	Stellung im Beruf			
Ungelernte Arbeiter	22	14	5	4
Angelernte Arbeiter	36	38	12	10
Facharbeiter und Meister	18	20	17	20
Angestellte	14	24	42	50
Selbständige	7	3	14	10
Beamte	2	1	10	6
insgesamt	100	100	100	100
	Ausländer der zweiten Generation		deutsche Vergleichsgruppe <sup>1</sup>	
Ungelernte Arbeiter	31	13	9	7
Angelernte Arbeiter	27	24	11	8
Facharbeiter und Meister	23	22	24	24
Angestellte	16	41	45	53
Selbständige	2	1	3	2
Beamte	1	0	8	6
insgesamt	100	100	100	100

Nach Angaben des SOEP.

<sup>1</sup> Westdeutsche im Alter von 18 bis 25 Jahren.



indes als erhebliches Integrationsdefizit und als Ansatzpunkte für die Erschließung weiterer Reserven angesehen werden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage nach der beruflichen Mobilität der Erwerbstätigen. Tabelle 4 gibt darüber Aufschluss, inwieweit es deutschen und ausländischen Beschäftigten gelungen ist, seit 1984 ihre berufliche Stellung langfristig zu verbessern. Es zeigt sich, dass zum Beispiel unter den im Jahr 1984 ungelerten ausländischen Erwerbstätigen 13 v.H. auch noch 1999 einer ungelerten Tätigkeit nachgingen und 25 v.H. arbeitslos waren; 51 v.H. von ihnen waren 1999 als angelernte und 8 v.H. als Facharbeiter tätig. Unter den 1984 angelernten Arbeitern wechselten bis 1999 16 v.H. in die Stellung eines Facharbeiters. Damit konnten nur wenige ausländische Erwerbstätige ihre berufliche Stellung deutlich verbessern; bei den deutschen Erwerbstätigen lässt sich dagegen – auch als Folge der massiven Zuwanderung seit 1988 (sog. „Offiziereffekt“; Lamberts 1976: 53ff.) – ein ausgeprägter beruflicher Aufstieg feststellen. So ist zwar der Anteil derjenigen Deutschen, die 1984 als ungelerte Arbeiter tätig waren und 1999 ebenfalls einer solchen Tätigkeit nachgingen, größer als unter Ausländern (23 v.H. im Vergleich zu 13 v.H.). Gleichzeitig hat aber

<sup>19</sup> Entsprechende Informationen über die sozio-ökonomische Struktur der zwischenzeitlich eingebürgerten Ausländer liegen derzeit nicht vor. Es ist davon auszugehen, dass diese von der der Ausländer abweicht.

**Tabelle 4: Berufliche Mobilität der ausländischen und deutschen Erwerbstätigen in den alten Bundesländern 1984 bis 1999; Anteile in v.H.**

Stellung im Beruf 1984	Stellung im Beruf 1999					
	ungelernt	angelernt	Facharbeiter	Angestellter	Selbständiger	arbeitslos
	Ausländer					
ungelernt	<b>13</b>	51	8	1	2	25
angelernt	5	<b>49</b>	16	4	4	21
Facharbeiter	1	25	<b>46</b>	10	5	13
Angestellter	0	8	5	<b>74</b>	11	3
Selbständiger	4	13	4	33	<b>42</b>	4
arbeitslos	8	42	8	4	0	<b>38</b>
	Deutsche					
ungelernt	<b>23</b>	33	13	19	6	6
angelernt	8	<b>36</b>	23	19	3	11
Facharbeiter	3	9	<b>45</b>	24	11	8
Angestellter	2	4	4	<b>82</b>	9	6
Selbständiger	1	6	4	18	<b>69</b>	3
arbeitslos	9	24	9	31	11	<b>16</b>

Eigene Berechnungen nach Angaben des SOEP. Die fett gedruckten Werte geben an, wie viel Prozent der ausländischen und der deutschen Erwerbstätigen ihren beruflichen Status zwischen 1984 und 1999 nicht verändert hat.



ein wesentlich größerer Teil von ihnen eine Tätigkeit als Facharbeiter oder im Angestelltenverhältnis aufgenommen. Ein vergleichbares Bild ergibt sich bei den Personen, die 1984 als angelernte Arbeiter beschäftigt waren.

Ein weiterer sozioökonomischer Indikator zur Beurteilung der Integration von Ausländern in den Arbeitsmarkt stellt das Einkommen dar<sup>20</sup>. Das monatliche Bruttoeinkommen lag 1999 im Durchschnitt um rund 700 DM bzw. 15 v.H. niedriger als bei den deutschen (Tabelle 5)<sup>21</sup>. Auch bei der jahresdurchschnittlichen Zunahme der Einkommen im Zeitraum 1984 bis 1999 gab es einen „Sche-reneffekt“: Die im SOEP befragten Westdeutschen realisierten Zuwächse von 3 v.H. p.a., die Ausländer dagegen nur 2,3 v.H. Besonders ungünstig stellt sich die Entwick-

lung für ausländische Angestellte dar; diese konnten nur jahresdurchschnittliche Einkommenssteigerungen von 1,3 gegenüber 3,1 v.H. der deutschen Angestellten realisieren.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die berufliche Integration von Ausländern in den vergangenen zwei

<sup>20</sup> Hierbei ist zu beachten, dass die Repräsentativität der Einkommensangaben im SOEP, insbesondere die der Selbständigen, eingeschränkt ist.

<sup>21</sup> Allerdings weist Schmidt (1997) darauf hin, dass die Ausländer, die ihre Schul- und Berufsausbildung in Deutschland erhielten, gleiches Einkommen wie die einheimischen Arbeiter beziehen.

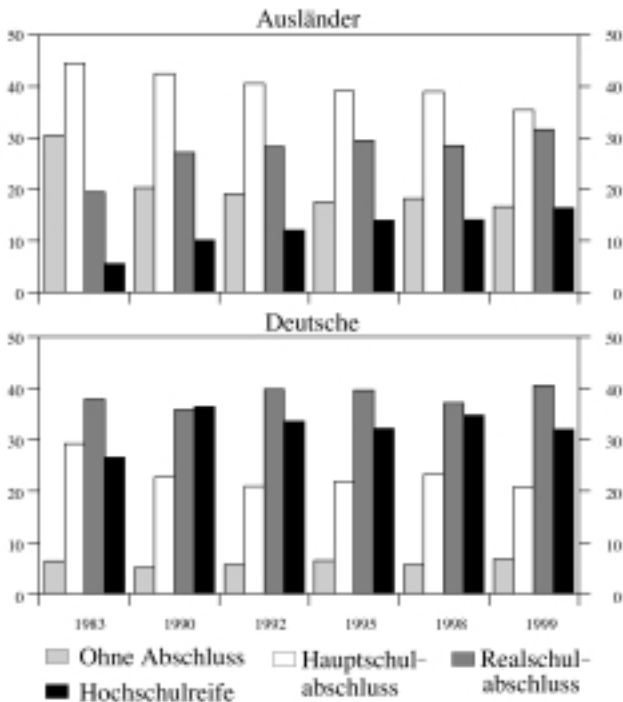
**Tabelle 5: Durchschnittliche Bruttoeinkommen der ausländischen und deutschen Erwerbstätigen in Westdeutschland 1984 bis 1999; in DM pro Monat**

	Ausländer			Deutsche		
	1984	1999	1984-1999 <sup>1</sup>	1984	1999	1984-1999 <sup>1</sup>
Insgesamt	2 592	3 655	2,3	2 771	4 326	3,0
	nach der Stellung im Beruf					
Ungelernte Arbeiter	2 111	2 363	0,8	1 427	1 400	-0,1
Angelernte Arbeiter	2 303	3 554	2,9	2 140	3 024	2,3
Facharbeiter und Meister	2 793	4 201	2,8	2 850	4 332	2,8
Angestellte	3 296	3 985	1,3	2 909	4 642	3,1
Selbständige	3 240	6 612	4,9	2 775	5 555	4,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des SOEP. <sup>1</sup>Jahresdurchschnittliche Veränderungsraten in v.H.



**Schaubild 9: Schulabschlüsse von ausländischen und deutschen Schulabgängern 1983 bis 1999<sup>1</sup>; Anteil in vH**



Eigene Berechnungen nach Angaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. <sup>1</sup>Bis 1990 früheres Bundesgebiet

Jahrzehnten spürbare Fortschritte gemacht hat, zumal wenn man die zunehmende Zahl der Einbürgerungen betrachtet (s.o.). Gleichwohl weist sie noch markante Defizite auf, die ihrerseits aber auch Ansatzpunkte zur weiteren Aktivierung von Personal- und Qualifikationsreserven bieten. Allerdings erzielen Ausländer in den unteren Qualifikationsstufen, insbesondere durch längere Arbeitszeiten, vergleichsweise hohe Einkommen. Auch finden sich viele Ausländer in Facharbeiterberufen, wo sie gut integriert sind. Indes dürfen die günstigen Verdienstmöglichkeiten der Facharbeiter nicht darüber hinwegtäu-

schen, dass der geringe Anteil von Angestellten und deren niedrige Bruttogehälter nicht zuletzt darauf zurückzuführen sind, dass Ausländer in vielen Dienstleistungsbranchen bisher keinen Zugang zu qualifizierten Tätigkeiten gefunden haben.

### 3.5 Angleichung der Bildungs- und Ausbildungssituation

Hinsichtlich der schulischen Ausbildungssituation ausländischer Jugendlicher besteht trotz erheblicher Verbesserungen bis Mitte der neunziger Jahre (Jeschek 2001) immer noch eine beträchtliche Diskrepanz zur Situation deutscher Jugendlicher. Dies wird schon am Beispiel der Schüler ohne Abschluss deutlich: Während unter den Deutschen lediglich 7 v.H. die Schule ohne Abschluss verlassen (1999; Schaubild 9), beläuft sich dieser Anteil unter den Ausländern auf fast 17 v.H. Weiter erreichen anteilmäßig doppelt so viele deutsche Schüler die allgemeine Hochschulreife als ausländische (32 v.H. gegenüber 16,6 v.H.).

Auch die berufliche Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher liegt insgesamt erheblich unter der der deutschen (s.a. Jeschek 2002): Befanden sich 1998 fast zwei Drittel der deutschen Jugendlicher im Alter zwischen 15 und 18 Jahren in beruflicher Ausbildung, waren es bei den ausländischen – mit erheblichen nationalitäten- und geschlechtsspezifischen Unterschieden – nicht einmal 40 v.H. (Tabelle 6). Das BMBF (2000: 63) schreibt: „Nach wie vor ist die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher zu gering und in den letzten Jahren auch wieder zurückgehend“.

Zusammen mit der ebenfalls im Vergleich zu den Deutschen geringeren Beteiligung an höheren Bildungsgängen (s.o.) drängt sich der Eindruck auf, dass ein erheblicher Teil der ausländischen Jugendlicher schon mit der Beendigung der Vollzeitschulpflicht, d.h. mit Vollendung des 16. Lebensjahres, ihre Ausbildung abschließen, als Ungelehrte ins Berufsleben eintreten und auf Dauer als Angelehrte arbeiten (s.o. auch Tabelle 4 und Heilemann et al. 2003: 51).

**Tabelle 6: Ausbildungsquoten<sup>1</sup> ausländischer Jugendlicher nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht 1995 und 1998, in v.H.**

	1995			1998		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
alle Ausländer	41,1	48,6	32,2	37,8	43,1	31,6
darunter:						
Türkei	44,8	53,6	33,8	42,0	50,8	31,8
Italien	50,3	61,4	38,6	47,7	55,4	39,6
Griechenland	42,0	53,0	30,5	39,1	45,3	32,0
Spanien	63,3	76,3	48,8	73,3	82,7	62,5
Portugal	51,8	65,3	38,3	48,4	56,9	39,4
zum Vergleich: deutsche Auszubildende	63,8	74,2	53,1	65,9	76,0	54,6

Entnommen aus BMBF (2000: 63). <sup>1</sup>Anteil der Auszubildenden in v.H. der jeweiligen 15- bis unter 18-jährigen Jugendlichen. <sup>2</sup>Westdeutschland.



Die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungsintegration junger Ausländer sollte deshalb mit im Vordergrund jedes Qualifizierungs- und Mobilisierungsansatzes stehen. Sie würde nicht nur die demografischen Verknappungstendenzen, die schon in mittlerer Frist am Ausbildungsmarkt zu erwarten sind, dort ein Stück weit abfangen, sondern auch die gesellschaftliche Eingliederung unterstützen und soziale Kosten ihrer Nichtintegration vermeiden (von Loeffelholz 2001a). Wenn es zum Beispiel gelänge, die Ausbildungsbeteiligung der etwa 300 000 15- bis 18-jährigen Ausländer auf das Niveau ihrer deutschen Altersgenossen anzuheben, bedeutete dies etwa 83 000 mehr Auszubildende bzw. Besucher der Sekundarstufe II in den höheren Bildungsgängen (50 000 Jungen, 33 000 Mädchen) bzw. knapp 30 v.H. mehr jugendliche Ausländer im schulischen oder beruflichen Bildungssystem oder mit anderen Worten vier Fünftel weniger ausbildungsabstinenten. Die Auswirkungen auf den Ausbildungsstellenmarkt mit 1,7 Mio. Auszubildenden insgesamt und mit jährlich ca. 700 000 neuen Ausbildungsverträgen wären angesichts der geringen Relationen (5 bzw. 10 v.H.) und des Zeitbedarfs für die Angleichung begrenzt. Das Gleiche gilt in Bezug auf die zusätzlichen staatlichen Aufwendungen, die als Investitionen in das heimische Humankapital anzusehen sind. Diese Mittel wären grob geschätzt mit ca. 1 Mrd. € p.a. anzusetzen (von Loeffelholz 2001a: 206).

#### **4 Mobilisierung von Reserven und Reduzierung der Kosten der Nichtintegration von Ausländern**

Im Grunde geht es indes bei allen skizzierten Mobilisierungsmaßnahmen ex- oder wenigstens implizit auch um die Verringerung bzw. Vermeidung von volkswirtschaftlichen Kosten der Nichtintegration früherer Zuwanderer einerseits und zukünftiger andererseits; was die ansässigen Immigranten betrifft, bestehen diese Kosten darin, dass eine beachtliche Minderheit vom einem Zehntel der Bevölkerung nicht dauerhaft in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen Fuß fasst. Die Kosten sind mit 1-2 v.H. des Sozialprodukts bzw. mit jährlich ca. 20 bis 40 Mrd. € und mit 10 bis 20 Mrd. € an entgangenen Staatseinnahmen anzusetzen (von Loeffelholz 2001a: 205ff.).

Freilich entstehen auch staatliche Aufwendungen im Zuge einer stärkeren Integration, zum Beispiel auch für Maßnahmen der Bildungs- oder der aktiven Arbeitsmarktpolitik; letztere sind aber vergleichsweise gering<sup>22</sup>, insbesondere auch im Vergleich zu den tatsächlichen Transferausgaben bei Arbeitslosigkeit, die an Ausländer fließen und die eine erhebliche *Belastung* des deutschen Sozialsystems darstellen; 425 000 arbeitslose Ausländer im Jahresdurchschnitt 2001 – darunter 130 000 unter 30-Jährige – dürften vorsichtig geschätzt Transferzahlungen bzw. entgangene Beitrags- und Steuereinnahmen in Höhe von reichlich 5 Mrd. € p.a. verursacht haben. Damit dürfte in der Arbeitslosenversicherung – anders als bei der Gesetzlichen Rentenversicherung sowie bei der Kranken- und Pflegeversicherung, die alterstrukturbedingt Überschüsse der Einnahmen von Ausländern über die jeweiligen Ausgaben an diese realisieren (Heilemann/von Loeffelholz 1998: 115f.) – die Bilanz zwischen den Beitrags-

zahlungen der ausländischen Arbeitnehmern und Transfers an arbeitslose Ausländer in etwa ausgeglichen sein.

Auf eine Verringerung von Integrationskosten sowie die Erschließung *externer* Personal- und Qualifikationsreserven zielt eine stärkere Arbeitsmarktsteuerung zukünftiger Zuwanderung, wie sie im zurückgewiesenen Zuwanderungsgesetz von 2001 enthalten ist<sup>23</sup> und auch zum Beispiel in den USA schon länger unter dem Motto „Managing Immigration for Economic Growth“ diskutiert wird (Papademetriou/Yale-Löhr 1996; Martin et al. 2002). Mit Hilfe von bestimmten, in den klassischen Einwanderungsländern schon lange üblichen personalen und persönlichkeitspezifischen Kriterien sollen qualifiziertes ausländisches Humankapital gewonnen, die Integrationschancen erhöht und die Eingliederungskosten minimiert werden<sup>24</sup>. 50-60 000 Immigranten pro Jahr sollen über dieses Zuwanderungsregime gewonnen werden<sup>25</sup>.

Die zukünftigen Zuwanderer sollten zwischen 20 und 40 Jahre alt sein; die ansässigen Ausländer sind mit durchschnittlich 30 Jahren ca. 10 Jahre jünger als die Deutschen. In diesem Alter sind, unabhängig von der Qualifikation, die Arbeitsmarktchancen am höchsten; berufliche Weiterqualifikationen durch den Arbeitgeber und seitens des Arbeitnehmers rentieren sich am besten, und die sektorale wie die regionale Mobilität dürfte am höchsten sein. Ein zweites Kriterium ist eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung – ebenfalls wichtig für den Erfolg am Arbeitsmarkt, wie die vorstehenden Ergebnisse zeigen. Dies gilt auch für deutsche Sprach- und für EDV-Kenntnisse. Explizit sektorale, berufliche und regionale Mobilität und die Bereitschaft zu selbständiger Tätigkeit treten hinzu. Damit kommen allerdings persönlichkeitsorientierte Merkmale wie Motivation, Einsatzfreude und Ähnliches ins Spiel, die erhebliche Probleme der ex ante-Überprüfung aufwerfen.

Insgesamt lassen sich diese Kriterien mit Blick auf den Erfolg noch verschärfen, jedoch ist damit in zunehmendem Maße eine strukturpolitische Lenkung der deutschen Wirtschaft verbunden; dies erscheint nicht nur im Hinblick auf die ausgeprägte ordnungspolitische Tradition der Bundesrepublik problematisch, sondern auch deshalb, weil die Kenntnisse über die mittel- und längerfristige Entwicklung der Arbeitslandschaft in sektoraler, beruf-

<sup>22</sup> Nach den bisherigen Erfahrungen z.B. mit Sprachkursen für Spätaussiedler summieren sich die Kosten bei 10 000 Teilnehmern im Jahresdurchschnitt auf ca. 50 Mill. € p.a. (Bundesanstalt für Arbeit 2000, S. 106).

<sup>23</sup> Vgl. im Einzelnen von Loeffelholz (2001b) und Fertig (2002).

<sup>24</sup> Allerdings werden kaum die unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen für die angelsächsischen Arbeitsmärkte gegenüber den kontinentaleuropäischen im Allgemeinen und dem deutschen im Besonderen berücksichtigt. Vgl. Lötters et al. (2002: 178ff.).

<sup>25</sup> Diese Zahlen waren noch im Bericht der sog. Süßmuth-Kommission vom Sommer 2001 (Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ 2001: 86) enthalten, nicht mehr jedoch im anschließend formulierten Zuwanderungsgesetz. Vom August 2000 bis Dezember 2002 sind über die green card-Initiative der Bundesregierung knapp 13 400 Computerexperten gewonnen worden; dies hat manche Erwartungen enttäuscht, die von einem wesentlich größeren Interesse im Ausland ausgingen. Im Einzelnen vgl. von Loeffelholz (2002).

licher, qualifikatorischer und ähnlicher Hinsicht begrenzt sind. Um mit Krugman zu sprechen: Wir wissen eben nicht, ob wir in Zukunft mehr Gärtner oder Gartenarchitekten brauchen bzw. mehr Bauarbeiter oder Altenpfleger<sup>26</sup>. Auch schon kurzfristig sind die Prognosefähigkeiten der empirischen Wirtschaftsforschung in Bezug auf die konjunkturellen Schwankungen am Arbeitsmarkt nicht besonders gut ausgeprägt; die Unsicherheitsmarge beträgt immerhin ca. 700 000 Beschäftigte bzw. 2 v.H. der Beschäftigung insgesamt in Deutschland (Heilemann et al. 2001).

Hinzu kommt, dass sich mit der Verschärfung der Kriterien zwangsläufig das Zuwanderungsangebot einengt, um das ohnehin ein erheblicher internationaler Wettbewerb besteht<sup>27</sup>; auch sind die wirtschaftlichen Konsequenzen sowohl in den Herkunfts- als auch den Zielländern zu beachten. Außer Frage steht, dass die Abwanderung dieses Potenzials die betreffenden Länder vor erhebliche wachstumspolitische und fiskalische Probleme stellen kann<sup>28</sup>, was durchaus zu entsprechenden Kompensationsforderungen führen könnte. Insofern sollten die Erwartungen an eine externe Erschließung von Personal und Qualifikationsreserven – wie auch die bisher eher bescheidenen Erfolge der *green card*-Initiative zeigen – nicht allzu hoch gesteckt werden. Es sind also prioritär die heimischen Potenziale – natürlich auch bei den deutschen Erwerbstätigen und gegebenenfalls auch hier in Gestalt von höherer Erwerbsbeteiligung – auszuschöpfen.

## 5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Integration der Ausländer in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem ist in der Vergangenheit spürbar vorangekommen; vorhandene Potenziale sind im Laufe der Zeit besser genutzt worden, wie auch die Einbürgerungen zeigen. Gleichwohl bestehen in Einzelbereichen noch erhebliche Defizite. So haben die ausländischen Beschäftigten am gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel hin zum Dienstleistungssektor, und dort wiederum vor allem an der Entwicklung in den gut dotierten Dienstleistungsberufen, nur unzureichend partizipiert. Besonders problematisch erscheint auch der weiterhin hohe Anteil un- bzw. angelernter ausländischer Arbeiter, der mit verantwortlich ist für ihre relativ hohe Arbeitslosigkeit. Dies impliziert spürbare volkswirtschaftliche Kosten der Nichtintegration der Zuwanderer in das Bildung- und Ausbildungssystem und – als Folge davon – in den Arbeitsmarkt. Die Erschließung von Personal- und Qualifikationsreserven bei Ausländern in Deutschland wäre zugleich ein Mittel zur Verminderung dieser Kosten. Neben Einzelmaßnahmen der Mobilisierung, Aktivierung und Qualifizierung ließen sich die Reserven vor allem aber dann besser auszuschöpfen, wenn es der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik im Verein mit der Tarif- und Arbeitsmarktpolitik gelänge, die deutsche Wirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad zu führen (RWI 2002). Damit wäre es leichter, die Beschäftigungsschwellen zu überwinden bzw. die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Zur Erschließung von Reserven bei ansässigen Ausländern wäre generell ihr Interesse an einer besseren Schul-

und Berufsausbildung zu fördern; dies gilt schon in der Vorschule sowie in den nachfolgenden primären und sekundären Bereichen. Durch eine entsprechende Informationspolitik von Seiten der privaten, intermediären und staatlichen Bildungsträger wäre dafür Sorge zu tragen, einerseits den Anteil der ausländischen Jugendlichen an weiterführenden Bildungsgängen bis hin zur Fachhochschule und Universität zu erhöhen und andererseits die Anzahl derer, die ihre Schul- und Berufsausbildung ohne qualifizierten Abschluss beenden, mittel- und längerfristig weiter zu vermindern. Dazu trüge auch bei, wenn sich die jüngeren Ausländer stärker bei der beruflichen Ausbildung engagierten und wenn sie auch hier den Rückstand zu den deutschen Jugendlichen aufholten. Dies würde auch den Übergang vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt erleichtern und die konjunkturellen und strukturellen Arbeitsmarktrisiken vermindern. Der unternehmerischen Rekrutierungs-, Beschäftigungs- und Weiterbildungspolitik kommt eine besondere Bedeutung bei der Integration der Ausländer in den Arbeitsmarkt zu, und die Arbeitsmarktpolitik sollte mit Unterstützung des quartären Bildungssektor der Erwachsenenbildung Modellversuche und Pilotprojekte der Erhöhung der beruflichen Flexibilität anbieten.

Weiterhin sollten verstärkt Maßnahmen zur Verbesserung der deutschen Sprachkompetenz angeboten werden<sup>29</sup>. Hinzu treten sollte Englisch, um der Internationalisierung der deutschen Wirtschaft und überhaupt der Globalisierung besser Rechnung tragen zu können. Schließlich sollte – etwa auch im Rahmen von durch Kammern, durch Bundes- und Landesministerien sowie durch die EU geförderten Modellvorhaben – stärker das Potenzial ausländischer Selbständiger als Ausbilder gefördert werden, um eine Anpassung der Ausbildungssituation ausländischer Jugendlicher an die deutscher zu unterstützen.

Die privaten und staatlichen Initiativen sollten vor allem darauf abzielen, die Anpassungsfähigkeit der ausländischen Erwerbspersonen an den sektoralen und beruflichen Strukturwandel der deutschen Wirtschaft zu erhöhen; darüber hinaus ist der Wandel auch durch institutionelle Reformen des Arbeitsmarkts zu unterstützen. Auf Dauer gesehen rentieren sich solche Maßnahmen nicht nur unter arbeitsmarktpolitischen Aspekten, sondern für alle Fisci und Parafisci sowie für Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt. Der volkswirtschaftliche Nutzen besteht – abgesehen von der besseren Ausschöpfung gegebener Potenziale – nicht zuletzt darin, dass die Gesellschaft durch weniger Sozialtransfers in Anspruch genommen wird. Damit könnten die Kosten der Nichtintegration gesenkt werden; allerdings ist dabei mit einem erheblichen Zeitbedarf zu rechnen.

<sup>26</sup> Auch Walwei (2001: 110) argumentiert ähnlich: „... ist eine ex ante-Schätzung des arbeitsmarktorientierten Zuwanderungsbedarfs wissenschaftlich nicht zu vertreten“.

<sup>27</sup> Dazu vgl. Straubhaar (2000) und IZA (2001).

<sup>28</sup> Im Einzelnen vgl. Heilemann et al. (2001).

<sup>29</sup> Vgl. zu den entsprechenden Erfahrungen in den Niederlanden Heilemann et al. (2001).



Für zukünftige Immigrationen sind schließlich „moderne“ Konzepte einer Zuwanderungspolitik zu verfolgen, wie sie in klassischen Einwanderungsländern – allerdings unter teilweise anderen Arbeitsmarktregimen – üblich sind; damit stiegen die Chancen für den Arbeitsmarkterfolg der zukünftigen Immigranten, und der Bedarf an Erschließung von weiteren Personal- und Qualifikationsreserven erschiene von vorne herein geringer als der für die bisherigen Zuwanderer. Allerdings sind die diesbezüglichen Möglichkeiten für Deutschland aufgrund des internationalen Wettbewerbs um „*the best and the brightest*“ als eher begrenzt einzuschätzen. Deshalb ist stärker auf die Ausschöpfung heimischer Potenziale zu setzen.

## Literatur

- Autorengruppe (2000): Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1999 und 2000. In: MittAB 33, 1, S. 5ff.
- Bauer, T. (2002): Migration, Sozialstaat und Zuwanderungspolitik. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 71, 2, S. 249-271.
- Barabas, G./Gieseck, A./Heilemann, U./von Loeffelholz, H.D. (1992): Gesamtwirtschaftliche Effekte der Zuwanderung 1988 bis 1991. In: RWI-Mitteilungen 43, S. 133ff.
- Bender, S./Karr, W. (1993): Arbeitslosigkeit von ausländischen Arbeitnehmern – ein Versuch, nationalitätenspezifische Arbeitslosenquoten zu erklären. In: MittAB 26, 2, S. 192-203.
- Boeri, T./Brücker, H. (2000): The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States. DIW, CERP, FIEF, IGIER, HIS. Berlin, Mailand.
- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (2002): „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ – eine Milchmädchenrechnung. Mitteilungen der Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen. Berlin.
- Bonin, H. (2002): Eine fiskalische Gesamtbilanz der Zuwanderung nach Deutschland. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 71, 2, S. 215-229.
- Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.) (2000): Arbeitsmarkt 1999. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 48, Sondernummer. Nürnberg: BA.
- Bundesgesetzblatt Nr. 38 vom 25. Juni 2002: Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz).
- BMA – Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001): Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen können bald Haushaltshilfen aus EU-Beitrittsländern beschäftigen. Pressemitteilung vom 19.12.2001.
- BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (2000): Berufsbildungsbericht 2000. Bonn.
- Burda, M. (2001): Migration, Integration, Assimilierung – worum geht es? Korreferat zu den Aufsätzen von Dietz und von Loeffelholz. In: Beihefte der Konjunkturpolitik 52, S. 213-218.
- Dietz, B. (2001): Die Integration von Zuwanderern in Deutschland: Aspekte der Politik und des Arbeitsmarkts. In: Beihefte der Konjunkturpolitik 52, S. 165-190.
- Dustmann, C. (2002): Arbeitsmarktverhalten, Integration und Rückkehr von Einwanderern. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 71, 2, S. 272-285.
- Fertig, M. (2001): The Economic Impact of EU-Enlargement: Assessing the Migration Potential. In: Empirical Economics 26, S. 707-720.
- Fertig, M. (2002): Evaluating Immigration Policy. IZA Discussion Paper Nr. 43. Bonn: IZA.
- Fertig, M./Schmidt, C.M. (2001): First- and Second-Generations' Migrants in Germany: What Do We Know and What Do People Think? In: R. Rotte/P. Stein (Hrsg.): Migration Policy and the Economy: International Experiences. Hanns-Seidel-Stiftung, Studies and Comments, Bd. 1. München, S. 179-218.
- Gesetzentwurf der Bundesregierung (2003): Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz). Stand 15. Januar 2003.
- Giersch, H./Paqué, K.-H./Schmieding, H. (1994): The Fading Miracle. Four Decades of Market Economy in Germany. Cambridge Surveys in Economic Policies and Institutions. Cambridge: Cambridge University Press.
- Heilemann, U./Döhrn, R./von Loeffelholz, H.D./Schäfer-Jäckel, E. (2000): Der Wirtschaftsaufschwung der Vereinigten Staaten in den neunziger Jahren – Rolle und Beitrag makroökonomischer Faktoren. RWI-Untersuchungen 32. Essen: RWI.
- Heilemann, U./von Loeffelholz, H.D. (1998): Ökonomische Auswirkungen der Zuwanderungen nach Deutschland. In: Staatswissenschaft und Staatspraxis 9, S. 103-121.
- Heilemann, U./von Loeffelholz, H.D. (2000): Beträchtliche Rendite. Arbeitsmarkteffekte und fiskalische sowie wachstumspolitische Implikationen der Zuwanderung von IT-Experten (Green-Card-Initiative). In: Wirtschaftswoche 2000 (22 vom 25. Mai 2000), S. 25.
- Heilemann, U./von Loeffelholz, H.D. (2001): Möglichkeiten und Grenzen einer Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung nach Deutschland. RWI-Mitteilungen 52. Berlin.
- Heilemann, U./von Loeffelholz, H.D./Sieveking, K. (2001): Möglichkeiten und Grenzen einer Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung. In: Wirtschaftsdienst 81, S. 380-388.
- Heilemann, U./von Loeffelholz, H.D./Sieveking, K. (2003): Arbeitsmarktgesteuerte Zuwanderung. Szenarien der Zuwanderung sowie rechtliche und institutionelle Aspekte ihrer Steuerung. RWI-Schriftenreihe 68. Berlin: Duncker&Humblot.
- Hernold, P./von Loeffelholz, H.D. (2002): Berufliche Integration von Zuwanderern. RWI-Papiere 81. Essen: RWI.
- Hönekopp, E. (1987): Rückkehrförderung und Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer – Ergebnisse des Rückkehrförderungsgesetzes, der Rückkehrhilfe-Statistik und der IAB-Rückkehrerbefragung. In: E. Hönekopp (Hrsg.), Aspekte der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 114. Nürnberg, S. 287-342.
- Hönekopp, E. (2000): Bessere Qualifizierung ist der Schlüssel. In: IAB Materialien 2, S. 6-8
- IZA – Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (2001): Die Nachfrage nach internationalen hochqualifizierten Beschäftigten. Ergebnisse des IZA International Employer Survey. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bonn.

- Jeschek, W. (2001): Schulbesuch und Ausbildung von jungen Ausländern – kaum noch Fortschritte. DIW-Wochenbericht 10/2001.
- Jeschek, W. (2002): Ausbildung junger Ausländer in Deutschland: Rückschritte bei der Berufsausbildung. DIW-Wochenbericht 27/2002.
- Kiehl, M./Werner, H. (1998): Die Arbeitsmarktsituation von EU-Bürgern und Angehörigen von Drittstaaten. IAB-Kurzbericht 18, S. 3ff.
- Koller, B. (1997): Aussiedler der großen Zuwanderungswellen – was ist aus ihnen geworden? In: MittAB 30, 4, S. 766-799.
- Lamberts, W. (1976): Wachstum und Strukturbildung bei Ausländerbeschäftigung. RWI-Schriftenreihe 38. Berlin: Duncker&Humblot.
- Löbke, K. et al. (2002): Der Standort Deutschland im internationalen Vergleich. Zur Lage der Wettbewerbsfähigkeit. RWI-Untersuchungen. 39. Essen: RWI.
- Loeffelholz, H.D. von (2001a): Kosten der Nichtintegration von Zuwanderern. In: Migration in Europa. Beihefte der Konjunkturpolitik 52, S.191-213.
- Loeffelholz, H.D. von (2001b): Von der Arbeitsmarktsteuerung der Migration zur Strukturlenkung? Implikationen einer „neuen“ Zuwanderungspolitik. Treffpunkt 3/2001. Mainz: Staatskanzlei Rheinland Pfalz.
- Loeffelholz, H.D. von (2002): „Green Card“ for Computer Professionals, Job Market and Managing Immigration for Economic Growth in Germany. Paper presented at the RWI/AICGS/UC Davis-Seminar „Managing Immigration for Economic Growth: Case Studies in Germany and the US“ on June 10, 2002, at the RWI Essen. Erscheint demnächst.
- Loeffelholz, H.D. von/Gieseck, A./Buch, H. (1994): Ausländische Selbständige in der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung von Entwicklungsperspektiven in den neuen Bundesländern. RWI-Schriftenreihe 56. Berlin: Duncker & Humblot.
- Loeffelholz, H.D. von/Köpp, G. (1998): Ökonomische Auswirkungen der Zuwanderungen nach Deutschland. RWI-Schriftenreihe 63. Berlin: Duncker&Humblot.
- Loeffelholz, H.D. von/Thränhardt, D. (1996): Kosten der Nichtintegration ausländischer Zuwanderer. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf: MAGS.
- Mahnig, H. (1998): Integrationspolitik in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden. Eine vergleichende Analyse. Forschungsbericht Nr. 10 des Schweizerischen Forums für Migrationsstudien. Neuchâtel.
- Mammey, U. (1990): 35 Jahre Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland – die demographische Entwicklung. In: C. Höhn und D.B. Rein (Hrsg.), Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Dt. Ges. für Bevölkerungswissenschaften, 24. Arbeitstagung. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung 20. Boppard: Boldt.
- Martin, P. (2002): Erfahrungen der amerikanischen Zuwanderungspolitik mit Facharbeitern. In: U. Heilemann und H.D. von Loeffelholz (Hrsg.), Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung – neuere deutsche Ansätze und internationaler Erfahrungen. RWI-Untersuchungen. Erscheint demnächst.
- Martin, P./Loeffelholz, H.D. von/Straubhaar, T. (2002): Managing Migration for Economic Growth. Germany and the United States in Comparative Perspective. AIGCS Policy Report 1. Washington, D.C: AICGS.
- OECD (Hrsg.) (2000): Economic Outlook 68 – December 2000. Paris.
- Papademetriou, D./Yale-Loehr, S. (1996): Balancing Interests: Rethinking U.S. Selection of Skilled Immigrants. International Migration Policy Program 4. Washington: DC: Carnegie Endowment for International Peace.
- Riphahn, R.T./Serfling, O. (2002): Neue Evidenz zum Schulerfolg von Zuwanderern der zweiten Generation in Deutschland. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 71, 2, S. 230-248.
- RWI – Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (1997): Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland und im Inland zum Jahreswende 1997/98. RWI-Konjunkturberichte 48, 2.
- RWI – Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2001): Berufliche Integration von Zuwanderern. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ beim Bundesminister des Innern (Projektleiter: H.D. von Loeffelholz, Bearbeiter: P. Hernold). Essen: RWI.
- RWI – Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2002): Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland und im Inland zur Jahresmitte 2002. RWI-Konjunkturberichte 53, 1.
- Schmidt, C.M. (1997): Immigrant Performance in Germany: Labor Earnings of Ethnic German Migrants and Foreign Guest-Workers. In: The Quarterly Review of Economics and Finance 37, S. 379-397.
- Sinn, H.-W., et al. (2000): EU-Erweiterung und Arbeitskräfte-migration: Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte. Studie des Ifo-Instituts im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung. München 2001.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2000): Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis 2050. 9. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden. CD-Rom-Version.
- Straubhaar, T., (2000): International Mobility of Highly Skilled: Brain Gain, Brain Drain or Brain Exchange. HWWA Discussion Paper 88. Hamburg.
- Suntum, U. van/Schlotböller, D. (2002): Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern. Einflussfaktoren, internationale Erfahrungen und Handlungsempfehlungen. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- UN – United Nations – (ed.) (2001): Replacement Migration. New York.
- Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ („Süssmuth-Kommission“) (2001): Zuwanderung gestalten, Integration fördern. Berlin, Bericht vom 4. Juli 2001.
- Walwei, U. (2001): Strategien zur Erschließung von Personalreserven: Ausschöpfung des heimischen Potenzials und/oder arbeitsmarktbedingte Zuwanderung? Beihefte der Konjunkturpolitik 52, S. 87-115.
- Weidig, I. et al. (1998): Arbeitslandschaft der Zukunft. Quantitative Projektion der Tätigkeiten. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 213. Nürnberg.
- Werner, H./Seifert, W. (1994): Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 178. Nürnberg.
- Zimmermann, K./Bauer, T. (2002): The Economics of Migration – Volume II: Assimilation of Migrants. Cheltenham: Elger.